

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 11/2023

16. März 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Vergabe des Sächsischen Lehrpreises vom 23. Februar 2023 363

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung der Gründung junger innovativer Unternehmen aus der Wissenschaft durch Gewährung von Stipendien (ESF Plus-Förderrichtlinie Technologiegründungsstipendium – ESF Plus-FRL Tech-STIP) vom 1. März 2023 365

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung von Maßnahmen der umweltgerechten Flächenbewirtschaftung im Freistaat Sachsen (Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen – FRL AUK/2023) vom 4. Oktober 2022 369

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über die Tabelle der durchschnittlichen Rohbauwerte vom 2. März 2023 ... 391

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung Gemarkung Riet-schen vom 22. Februar 2023 393

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Bleiakumulatoren der Firma Clarios Zwickau GmbH & Co. KG am Standort Zwickau Gz.: 44-8431/2634/6 vom 22. Februar 2023 394

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG) am Standort 04349 Leipzig Gz.: 44-8431/2644 vom 28. Februar 2023 396

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf Erteilung der Genehmigung für das Vorhaben 356 als wesentliche Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen der Firma BMW AG Werk Leipzig am Standort BMW Allee 1 in 04349 Leipzig – Erörterungstermin – Gz.: 44-8431/2648 vom 3. März 2023 398

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 1. Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH Gz.: 20-2217/191/1 vom 27. Februar 2023 399

Satzung zur 1. Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH vom 16. Juni 2022 400

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung Gz.: 20-2217/83/4 vom 27. Februar 2023 401

Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung vom 9. Dezember 2022 402

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Ausschreibung von digital-terrestrischen Übertragungskapazitäten vom 28. Februar 2023 403

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien Satzung zur Förderung der Simulcastverbreitung von Hörfunkprogrammen vom 28. Februar 2023 405

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Vergabe des Sächsischen Lehrpreises

Vom 23. Februar 2023

I.

Gegenstand und Ziel des Preises

1. Das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus lobt den „Landeslehrpreis des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus“ (Sächsischer Lehrpreis) aus. Der Sächsische Lehrpreis wird Lehrenden an Hochschulen gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch das Gesetz vom 1. Juni 2022 (SächsGVBl. S. 381) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und Lehrenden an der Berufsakademie Sachsen in Anerkennung besonders guter und innovativer Lehre verliehen.
2. Mit dem Sächsischen Lehrpreis werden Leistungen der Lehrenden an den sächsischen Hochschulen und der Berufsakademie Sachsen gewürdigt. Er symbolisiert die Bedeutung exzellenter Lehre für den Wissenschafts- und Kulturstandort Sachsen und würdigt den unverzichtbaren Beitrag der Hochschulen und der Berufsakademie Sachsen zur Ausbildung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses und hochqualifizierter Fachkräfte.

II.

Ausschreibung und Auswahlkriterien

1. Der Sächsische Lehrpreis wird vom Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus auf dessen Internetseite (www.smwk.sachsen.de) ausgeschrieben. Die Auswahlkriterien werden mit Veröffentlichung der Ausschreibung bekannt gegeben.
2. Der Sächsische Lehrpreis kann unter ein Jahresthema gestellt werden.

III.

Kategorien und Dotierung

1. Der Preis wird je einmal in den Kategorien Universitäten, Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen und Berufsakademie Sachsen an Lehrpersonen verliehen, die sich durch exzellente Lehre in Form der bekannt gegebenen Kriterien auszeichnen.
2. Der Sächsische Lehrpreis ist mit insgesamt 40 000 Euro dotiert. Es wird pro Kategorie ein Preisgeld in Höhe von 10 000 Euro vergeben. Im Fall mehrerer Preisträger je Kategorie wird das Preisgeld paritätisch verteilt.

3. Der Sächsische Lehrpreis wird in Form von Urkunden durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus überreicht.
4. Das Preisgeld kann nach freier Entscheidung der Preisträgerinnen und Preisträger verwendet werden.

IV.

Vorschlagsbedingungen

1. In jeder Kategorie können sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen von Lehrenden an einer Hochschule gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes beziehungsweise der Berufsakademie Sachsen mit in der Regel nicht mehr als fünf Personen vorgeschlagen werden.
2. Die vorgeschlagenen Lehrpersonen müssen zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorschlages zur Vergabe des Sächsischen Lehrpreises an der jeweiligen Hochschule gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes oder der Berufsakademie Sachsen eine Lehrtätigkeit innegehabt haben. Personen, die bereits einmal mit dem Sächsischen Lehrpreis ausgezeichnet worden sind, dürfen nicht erneut vorgeschlagen werden.

V.

Vorschlagsverfahren

1. Die Vorschläge werden beim Hochschuldidaktischen Zentrum Sachsen eingereicht. Eigenbewerbungen sind zulässig. Dem Vorschlag ist mindestens eine geeignete Referenz für die Lehrtätigkeit beizufügen.
2. Informationen zur Einreichung der Vorschlagsunterlagen, zu Terminen und Abgabefristen sowie gegebenenfalls zum jeweiligen Jahresthema werden mit der Ausschreibung bekannt gegeben.

VI.

Jury

1. Eine vom Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus berufene Jury wählt aus den eingereichten Vorschlägen die Preisträgerinnen und Preisträger in jeder Kategorie aus.
2. Die Jury setzt sich aus mindestens sieben und maximal 15 Mitgliedern zusammen, wobei eine ungerade Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder sicherzustellen ist. Neben jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter des

Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und des Hochschuldidaktischen Zentrums Sachsen besteht die Jury aus jeweils einer Studierendenvertreterin oder einem Studierendenvertreter der Hochschulen gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes und der Berufsakademie Sachsen.

Die weiteren Jurymitglieder dürfen nicht einer Hochschule gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes und nicht der Berufsakademie Sachsen angehören.

Das Jurymitglied des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus führt den Vorsitz.

3. Die Jurymitglieder erfüllen ihre Aufgaben unparteiisch und sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie sind als Preisträger ausgeschlossen. Die Beratungen sind nicht öffentlich. Die Vorschläge werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst und sind zu begründen. Die Vertreterinnen und Vertreter des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und des Hochschuldidaktischen Zentrums Sachsen nehmen beratend und ohne Stimmrecht an den Sitzungen der Jury teil.

VII. Verleihung

Der Sächsische Lehrpreis wird in der Regel alle zwei Jahre durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus auf Grundlage der Vorschläge der Jury verliehen. Der Ort der Verleihung wird durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus bekannt gegeben. Ein Rechtsanspruch auf die Vergabe des Preises besteht nicht.

VIII. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Vergabe des Sächsischen Lehrpreises vom 11. November 2017 (SächsABl. S. 1584), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 219), außer Kraft.

Dresden, den 23. Februar 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung der Gründung junger innovativer Unternehmen aus der Wissenschaft durch Gewährung von Stipendien (ESF Plus-Förderrichtlinie Technologiegründungsstipendium – ESF Plus-FRL Tech-STIP)

Vom 1. März 2023

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Ziel der Förderung ist es, die Gründung junger innovativer Unternehmen aus der Wissenschaft anzuregen. Gewährt werden Stipendien im Rahmen des Programms des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021–2027. Damit werden beschäftigungspolitische Ziele erfüllt, da Gründungen mit nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolgsaussichten Arbeitsplätze schaffen und zur Stärkung unternehmerischen Denkens und Handelns im Freistaat Sachsen beitragen.

1.2 Der Freistaat Sachsen gewährt hierfür Zuwendungen nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie

1.2.1 §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

1.2.2 der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung,

1.2.3 den Bestimmungen der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit allgemeinen Bestimmungen zur Förderung von aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) sowie dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) mitfinanzierten Vorhaben in der Förderperiode 2021 bis 2027 im Freistaat Sachsen (EU-Rahmenrichtlinie) vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. S. 1723), in der jeweils geltenden Fassung, soweit in dieser Förderrichtlinie keine abweichenden Regelungen getroffen werden,

1.2.4 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1), zuletzt ge-

ändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 39) (AGVO), in der jeweils geltenden Fassung.

1.3 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Gründerinnen und Gründer, die durch die Gewährung einer Unterstützung zum Lebensunterhalt (Technologiegründungs-Stipendium) einen Anreiz erhalten, ein innovatives Unternehmen in zukunftsträchtigen Technologiebereichen im Freistaat Sachsen zu gründen. Als innovativ gilt ein Unternehmen, dessen FuE-Aufwendungen laut Businessplan mindestens 15 Prozent seiner gesamten Betriebsausgaben ausmachen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger sind natürliche Personen, die im Gründungsteam ein innovatives Unternehmen gründen und folgende Voraussetzungen erfüllen:

3.1.1 Die Zuwendungsempfänger sind Studierende, Hochschulabsolventen und Absolventen von Berufsakademien, wissenschaftliches Personal der Hochschulen, der Berufsakademien oder Forschungseinrichtungen oder ehemaliges wissenschaftliches Personal.

3.1.2 Die Zuwendungsempfänger haben ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz im Freistaat Sachsen.

3.1.3 Die Zuwendungsempfänger müssen Mitglied in einem Gründungsteam sein. Maximal drei Mitglieder des Gründungsteams können gefördert werden. Die Geförderten müssen über unterschiedliche Fachkompetenzen (in der Regel unterschiedliche Ausbildungen) verfügen, die sich gegenseitig ergänzen oder aber im Unternehmen unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Mindestens eine Person des Gründungsteams muss über kaufmännische Kenntnisse verfügen (Qualifikation oder Praxiserfahrung).

- 3.2 Von der Förderung ausgeschlossen sind:
- 3.2.1 Personen, deren Gründungsprojekt einer Berufsausübung in freiberuflicher Tätigkeit nach § 18 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, dient, wie insbesondere von Ärzten, Designern, Rechtsanwälten, Steuerberatern, Architekten, Apothekern, Bau- und Planungsingenieuren, Künstlern oder Unternehmensberatern.
- 3.2.2 Personen, die einen Gründungszuschuss nach §§ 93, 94 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2759) geändert worden ist, erhalten.
- 3.2.3 Personen, die ein Einstiegsgeld nach § 16b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2328) geändert worden ist, erhalten.
- 3.2.4 Die zeitgleiche oder mehrfache Förderung einer Gründerin/eines Gründers in verschiedenen Gründungsprojekten.
- 3.2.5 Personen, die während des Bewilligungszeitraums eine andere entgeltliche Tätigkeit ausüben.
- 4. Zuwendungsvoraussetzungen**
- 4.1 Das Gründungsvorhaben muss als Hauptgeschäftsgrundlage mindestens einen der nachfolgenden Punkte zum Gegenstand haben:
- 4.1.1 die technische Produkt- oder Prozessinnovation (einschließlich Fertigung, Vermarktung/Vertrieb) oder
- 4.1.2 neuartige innovative Dienstleistungen, die einen gesteigerten Kundennutzen und die Realisierung von etwas Neuem mit Marktpotenzial erwarten lassen.
- 4.2 Die angestrebte Gründungsidee muss nachhaltige Erfolgsaussichten erkennen lassen. Zum Nachweis ist ein beurteilungsfähiger, tragfähiger und mit Meilensteinen versehener Businessplan vorzulegen, der die erfolgreiche Durchführung des Gründungsprojektes und dessen wirtschaftliche Tragfähigkeit erwarten lässt. Der Businessplan sollte vorzugsweise im Rahmen der Gewährung eines EXIST-Gründerstipendiums entwickelt worden sein.
- 4.3 Der Businessplan muss eine Beschreibung des innovativen Produkts oder des Verfahrens der ihnen zugrundeliegenden Erfindung, Software oder des Knowhows enthalten. Damit eine innovative Geschäftsidee vorliegt, müssen laut Businessplan mindestens 15 Prozent der gesamten Betriebsausgaben FuE-Aufwendungen sein.
Die Beschreibung des Gründungsvorhabens im Businessplan muss auch umfassen:
- 4.3.1 den Stand der Vorarbeiten im Hinblick auf die Entwicklung und das Endprodukt (zum Beispiel Vorliegen eines Prototyps),
- 4.3.2 Aussagen über das Kosten/Zeit-Verhältnis der Entwicklung,
- 4.3.3 eine Unternehmensplanung mit Finanzierungskonzept während des Bewilligungszeitraums und bis zu zwei Jahre darüber hinaus. Hierzu gehört auch die Darstellung des Kapitalbedarfs und der Kapitalbeschaffung,
- 4.3.4 Vorstellungen über den Marktzugang, die Marktfähigkeit und -reife des Produkts oder Know-hows und die Durchsetzungsmöglichkeiten im Hinblick auf bestehende Konkurrenzsituationen.
- 4.4 Das Unternehmen darf zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht gegründet sein. Wird das Unternehmen nicht innerhalb von sechs Monaten nach Beginn des Bewilligungszeitraumes gegründet, besteht kein Anspruch auf das weitere Stipendium.
- 4.5 Das zu gründende Unternehmen muss seinen Hauptsitz im Freistaat Sachsen nehmen.
Es muss sich dabei um ein Kleinst- oder um ein kleines Unternehmen handeln. Ein Unternehmen gilt als Kleinst- beziehungsweise als kleines Unternehmen, wenn es zum Zeitpunkt der Förderentscheidung den Voraussetzungen der Empfehlung der Europäischen Kommission betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen in der jeweils geltenden Fassung entspricht.
- 4.6 Die Förderung kann nur einmalig für ein Gründungsprojekt in Anspruch genommen werden.
- 4.7 Eine zeitgleiche Kombination mit einer Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1952; 2012 I S. 197), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2847) geändert worden ist, einem anderen Stipendium, einem anderen Beschäftigungsverhältnis, einem Förderprogramm oder einer anderen Fördermaßnahme zur Finanzierung des Lebensunterhalts des Unternehmensgründers ist ausgeschlossen.
- 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**
- 5.1 Art:
- 5.1.1 Zuwendungsart: Projektförderung
- 5.1.2 Finanzierungsart: Festbetragsfinanzierung mittels Kosten je Einheit
- 5.1.3 Finanzierungsform: Zuschuss (personengebundenes Stipendium)
- 5.2 Umfang: Der Bewilligungszeitraum beträgt maximal zwölf Monate.
- 5.3 Höhe: Die Höhe des Stipendiums orientiert sich am Studierendenstatus und an der Graduierung der Gründerin/des Gründers:
- 5.3.1 Studierende mit einem ersten berufsbefähigenden Hochschulabschluss oder einem Abschluss an einer Berufsakademie: 1 000 Euro pro Monat,
- 5.3.2 Absolventen mit mindestens einem ersten berufsbefähigenden Hochschulabschluss oder einem Abschluss an einer Berufsakademie: 2 500 Euro pro Monat,
- 5.3.3 bei abgeschlossener Promotion: 3 000 Euro pro Monat.

6. Verfahren**6.1 Antragsverfahren:**

Die vollständige Aufstellung aller Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, ist im Internet unter www.sab.sachsen.de veröffentlicht. Mit dem Antrag sind vorzulegen:

- 6.1.1 Businessplan des Gründungsprojektes,
- 6.1.2 ein ausführlicher Lebenslauf, einschließlich persönlicher Qualifikation in Bezug auf den Inhalt des geplanten Projektes,
- 6.1.3 Nachweis der kaufmännischen Kenntnisse im Gründungsteam,
- 6.1.4 Nachweis des jeweiligen Studien- oder Promotionsabschlusses.

6.2 Auszahlungs-, Zwischennachweis- und Verwendungsnachweisverfahren:

- 6.2.1 Abweichend von Nummer 6.3.2 der EU-Rahmenrichtlinie wird das Stipendium für die ersten sechs Monate in monatlichen Raten ohne gesonderte Anforderungen ausgezahlt. Die restlichen Monatsraten werden nur nach dem von der Bewilligungsstelle geprüften Zwischennachweis ausgezahlt.
- 6.2.2 Abweichend von 6.4.2 der EU-Rahmenrichtlinie ist der Zwischennachweis nach den ersten sechs Monaten des Bewilligungszeitraums einzureichen. Der Zwischennachweis besteht aus
 - 6.2.2.1 monatlichen Tätigkeitsnachweisen,
 - 6.2.2.2 einer Bestätigung der Unternehmensgründung mittels Gewerbeanmeldung oder Handelsregistrauszug beziehungsweise Meldung beim Finanzamt,

6.2.2.3 einem Nachweis, dass es sich um ein kleines beziehungsweise ein Kleinunternehmen handelt,

6.2.2.4 einem Zwischenbericht mit Aussagen zur wirtschaftlichen Tätigkeit und den weiteren Perspektiven des Gründungsprojektes,

6.2.2.5 einer positiven Umsetzungsprognose des Gründungsprojektes durch die zuständige Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer (HWK) oder Gründungsinitiative¹.

6.2.3 Abweichend von Nummer 6.1 NBest-EU ist der Verwendungsnachweis spätestens zwei Monate nach Ende des Bewilligungszeitraums bei der Bewilligungsstelle einzureichen. Der Verwendungsnachweis besteht aus monatlichen Tätigkeitsnachweisen und einem Sachbericht, der eine Beschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung des gegründeten Unternehmens und seiner Perspektive enthält. Abweichend von Nummer 6.2 NBest-EU wird auf einen zahlenmäßigen Nachweis verzichtet.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

7.1 Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2030 außer Kraft.

7.2 Die ESF Plus-Förderrichtlinie Technologiegründungsstipendium – ESF Plus-FRL Tech-STIP vom 30. August 2022 (SächsABl. S. 1122) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Dresden, den 1. März 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

¹ nach der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Gründungsinitiativen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Freistaat Sachsen mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds vom 30. August 2022 (SächsABl. S. 1077)

Anlage

Sofern die Maßnahmen als staatliche Beihilfen auf Grundlage der AGVO gefördert werden, sind ergänzend zu den Vorgaben dieser Richtlinie die nachfolgenden Punkte zu beachten.

1. **Anwendbare Freistellungstatbestände**
Eine Förderung wird auf der Grundlage des Artikel 22 AGVO gewährt.
2. **Förderverbot (Artikel 1 AGVO)**
Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen bzw. Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO.
3. **Deggendorf-Klausel (Artikel 1 Absatz 4 a) AGVO)**
Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf keine Förderung nach dieser Richtlinie gewährt werden.
4. **Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 AGVO)**
Bei der Bewilligung der Einzelvorhaben ist die Anmeldeschwelle gemäß Artikel 4 h) AGVO zu beachten, das heißt eine Anmeldung bei der Kommission ist erforderlich, wenn die in Artikel 22 Absatz 3, 4 und 5 AGVO genannten Beträge pro Unternehmen überschritten werden.
5. **Transparenz (Artikel 5 AGVO)**
Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.
6. **Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)**
Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:
 - Name und Größe des Unternehmens
 - Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
 - Standort des Vorhabens
 - die Kosten des Vorhabens
 - Art der Beihilfe (zum Beispiel Zuschuss oder Darlehen) und
 - Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.
7. **Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)**
Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.

8. **Kumulierungsregel (Artikel 8 AGVO)**
Auf der Grundlage der AGVO gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen.
Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.
9. **Beihilfefähige Kosten nach Artikel 22 AGVO**
Beihilfefähig sind Anlaufbeihilfen im Sinne des Artikel 22 Absatz 3 bis 5 AGVO.
10. **Beihilfehöchstintensitäten bei Artikel 22 AGVO**
Die Beihilfehöchstintensitäten gemäß Artikel 22 AGVO betragen:

Anlaufbeihilfen	pro Unternehmen		Erhöhungsmöglichkeiten
	generell	in c-Fördergebieten	
als Zuschüsse nach Artikel 22 Absatz 3 c) AGVO	0,4 Mio. EUR	0,6 Mio. EUR	Ja, Verdopplung der Höchstbeträge bei kleinen und innovativen Unternehmen siehe Artikel 22 Absatz 5 AGVO

Ein Beihilfeempfänger kann durch eine Kombination der in Artikel 22 Absatz 3 AGVO genannten Beihilfeinstrumente Unterstützung erhalten, wenn der Anteil der durch ein Beihilfeinstrument gewährten Unterstützung, der auf der Grundlage des für das betreffende Instruments zulässigen Beihilfehöchstbetrags berechnet wird, bei der Ermittlung des restlichen Anteils an dem für die anderen in einer solchen Kombination enthaltenen Beihilfeinstrumente zulässigen Beihilfehöchstbetrag berücksichtigt wird, vergleiche Artikel 22 Absatz 4 AGVO.

11. **Veröffentlichung (Artikel 9 AGVO)**
Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro werden gemäß Artikel 9 Absatz 1 c) in Verbindung mit Anhang III der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht.
12. **Geltungsdauer der AGVO (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 59 AGVO)**
Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten vorerst bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.
Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue AGVO ersetzt werden, oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen AGVO vorgenommen, wird die Förderrichtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung von Maßnahmen der umweltgerechten Flächenbewirtschaftung im Freistaat Sachsen (Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen – FRL AUK/2023)

Vom 4. Oktober 2022

Teil A ELER-finanzierte Maßnahmen

dieser Förderrichtlinie geregelten Förderung entsprechende Anwendung.

I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt auf der Grundlage des jeweils geltenden GAP-Strategieplans der Bundesrepublik Deutschland in der Förderperiode 2023–2027 nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie sowie unter Beachtung der in der Anlage aufgezählten Rechtsgrundlagen Zahlungen für freiwillige Maßnahmen, die in einer oder mehreren Umwelt-, Klima- und anderen Bewirtschaftungsverpflichtungen bestehen. Damit sollen die Ziele der Agrar- und Umweltpolitik im Freistaat Sachsen und der Europäischen Union durch:
 - a) Beitrag zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, auch durch Verringerung der Treibhausgasemissionen und Verbesserung der Kohlenstoffbindung sowie Förderung nachhaltiger Energie (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d Verordnung (EU) 2021/2115);
 - b) Förderung der nachhaltigen Entwicklung und der effizienten Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Böden und Luft, auch durch Verringerung der Abhängigkeit von Chemikalien (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e Verordnung (EU) 2021/2115);
 - c) Beitrag zur Eindämmung und Umkehrung des Verlusts an biologischer Vielfalt, Verbesserung von Ökosystemleistungen und Erhaltung von Lebensräumen und Landschaften (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f Verordnung (EU) 2021/2115)
 verwirklicht werden.
2. Ein Anspruch der Begünstigten auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.
3. Das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) gilt gemäß Artikel 65 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 ebenso für die flächenbezogenen Interventionen nach Titel III Kapitel IV der Verordnung (EU) 2021/2115 und damit auch für Umwelt-, Klima- und andere Bewirtschaftungsverpflichtungen. Die Bestimmungen und Anforderungen des InVeKoS ergeben sich aus den Artikeln 65ff. der Verordnung (EU) 2021/2116 in Verbindung mit der delegierten Verordnung (EU) 2022/1172 und der Durchführungsverordnung (EU) 2022/1173. Des Weiteren finden das GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz (GAPInVeKoSG) und die GAPInVeKoS-Verordnung (GAPInVeKoSV) für Anträge auf Gewährung der in

II. Gegenstand der Förderung

Folgende Maßnahmen sind im Sinne dieser Förderrichtlinie Teil A förderfähig:

1. Maßnahmen auf Ackerland

Kürzel	Maßnahme
AL 1	Gewässer- und bodenschonende Begrünung von Ackerflächen
AL 2	Verzicht auf Kulturen mit hohen N-Rückständen nach der Ernte
AL 3	Umweltgerechte Produktionsverfahren des Ackerfütter- und Leguminosenanbaus
AL 4	Extensivierung der Ackernutzung in Überflutungsaue
AL 5a	Selbstbegrünte einjährige Brache auf Ackerland
AL 5b	Selbstbegrünte mehrjährige Brache auf Ackerland
AL 5c	Mehrjährige Blühfläche auf Ackerland
AL 6a	Naturschutzgerechte Ackerbewirtschaftung für wildkrautreiche Äcker
AL 6b	Naturschutzgerechte Ackerbewirtschaftung für Vögel der Feldflur
AL 7	Artenreicher Ackerrandstreifen
AL 8	Kleinteilige Ackerbewirtschaftung
AL 9	Insektenschonende Ackerbewirtschaftung in speziellen Gebieten
AL 10	Faunaschonende Mahd auf Ackerland
AL 11	In situ Erhalt seltener Kulturen
AL 12	Schwarzbrachestreifen am Ackerrand
AL 13	Sukzessionsstreifen mit natürlicher bachbegleitender Vegetation auf Ackerland
AL 14	Entwicklung standortgerechter und klimaresilienter Mischwälder auf vormalig als Ackerland genutzten Flächen nach Erstaufforstung
AL 15	Überwinternde Stoppel

2. Maßnahmen auf Grünland

Kürzel	Maßnahme
GL 1a	Artenreiches Grünland – Ergebnisorientierte Honorierung – 6 Kennarten

GL 1b	Artenreiches Grünland – Ergebnisorientierte Honorierung – 8 Kennarten
GL 2a	Angepasste Grünlandnutzung in Überflutungssauen
GL 2b	Neues Dauergrünland aus Ackerland in Überflutungssauen und auf Moorflächen
GL 3a	Offenlandbiotope mit partieller Pflege und einjähriger Nutzungspause auf den Teilflächen
GL 3b	Offenlandbiotope mit partieller Pflege und zweijähriger Nutzungspause auf den Teilflächen
GL 4a	Naturschutzgerechte Hüttehaltung oder Beweidung mit Schafen und/oder Ziegen
GL 4b	Naturschutzgerechte Beweidung mit Raufutterfressern
GL 5a	Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – erste Mahd ab 1. Juni
GL 5b	Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – erste Mahd ab 15. Juni
GL 5c	Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – erste Mahd ab 1. Juli beziehungsweise ab 1. August
GL 5d	Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – mindestens zwei Nutzungen pro Jahr – Nutzungspause
GL 5e	Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – mindestens zwei Nutzungen pro Jahr – kurze Nutzungspause
GL 6	Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – Aushagerung
GL 7	Staffelmahd auf Grünland
GL 8	Faunaschonende Mahd auf Grünland
GL 9	Sukzessionsstreifen mit natürlicher bachbegleitender Vegetation auf Grünland
GL 10	Entwicklung standortgerechter und klimaresilienter Mischwälder auf vormals als Dauergrünland genutzten Flächen nach Erstaufforstung

III.

Begünstigte

1. Begünstigte im Sinne dieser Förderrichtlinie sind natürliche oder juristische Personen oder Vereinigungen sowie Zusammenschlüsse natürlicher oder juristischer Personen, unabhängig von der Rechtsform, die eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne von § 3 GAP-Direktzahlungen-Verordnung (GAPDZV) ausüben.
2. Bei den Maßnahmen AL 5a, AL 5b und AL 5c dieser Förderrichtlinie dürfen die Begünstigten kein Mitglied einer Erzeugerorganisation im Sektor Obst und Gemüse gemäß Artikel 152 ff. der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sein.
3. Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Nummer 59 der Verordnung (EU) 2022/2472 sind von einer Förderung ausgeschlossen.
4. Bei den Maßnahmen AL 14 und GL 10 dieser Förderrichtlinie sind zusätzlich Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, ausgeschlossen.

IV.

Fördervoraussetzungen und Förderverpflichtungen**1. Allgemeine Fördervoraussetzungen**

- a) Die zur Förderung nach dieser Förderrichtlinie beantragten Flächen müssen im Gebiet des Freistaates Sachsen und in einem Feldblock des für Sachsen geltenden Landwirtschaftlichen Flächeninformationssystems (LPIS) liegen.
- b) Die Förderung erfolgt nur in spezifischen Förder- oder Gebietskulissen, soweit dies für die betroffene Maßnahme vorgesehen ist, welche im Antragsportal DIANA-web unter <https://www.diana.sachsen.de> abrufbar sind.
- c) Die Förderung erfolgt nur für die der Maßnahme entsprechenden zulässigen Bodennutzungskategorie.

2. Allgemeine Förderverpflichtungen

Die Begünstigten haben folgende allgemeine Förderverpflichtungen für die Dauer des Verpflichtungszeitraums gemäß Teil C Ziffer II Nummer 1 einzuhalten:

- a) Führung schlagbezogener Angaben in digitaler Form für die beantragten Flächen und Bereitstellung dieser für Kontrollen; die Mindestanforderungen zur Dokumentation der Bewirtschaftung und Pflege sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- b) Unterlassung von Handlungen, die das Maßnahmenziel gefährden, insbesondere nicht sachgerechte Beweidung, auf Grünland darüber hinaus tiefe Fahrspuren sowie nicht sachgerechter Einsatz von schwerem Gerät, Ent- oder Bewässerung, Reliefveränderungen; Hinweise hierzu sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- c) bei Maßnahmen auf Grünland kein Einsatz von Aufbereitern bei allen Mahd-, Pflege- und Ernteverfahren (Weidepflege, Schröpfschnitte, Entwicklungspflege) und
- d) Beantragung und Anbau beziehungsweise Bewirtschaftung mit einer für die beantragte Maßnahme zugelassenen Kulturart.

3. Allgemeine Hinweise

Die erstmalig vergebene Schlag- oder Streifenbezeichnung ist über die Dauer der Verpflichtung beizubehalten.

Für Maßnahmen auf Ackerland sind Bestandslücken durch Vernässung, Trockenheit, Frostschäden und ähnlichem bis zu einem Anteil von 10 Prozent der Fläche des Bruttoschlages möglich.

Bei den Maßnahmen AL 1, AL 2, AL 3, AL 4, AL 5c, AL 6a, AL 6b, AL 7, AL 8, AL 9 und AL 11 sind Herbstaussaat beziehungsweise Herbstsaaten von der Maßnahme entsprechenden Winterkulturen vor Beginn des Verpflichtungszeitraumes beziehungsweise vor Beginn des relevanten Verpflichtungsjahres zulässig.

Für die Maßnahmen AL 5a, AL 5b, AL 5c, AL 6a, AL 6b, AL 7, AL 13 sowie für Maßnahmen auf Grünland sind Ausnahmen von einzelnen Förderverpflichtungen, die über die in den einzelnen Maßnahmen genannten Ausnahmen hinausgehen, nur in begründeten Einzelfällen möglich, wenn die Zielstellung der ursprünglichen Förderverpflichtung weiterhin gegeben ist. Voraussetzung ist die Bestätigung der Ausnahme im Hinblick auf die Zielstellung der ursprünglichen Förderverpflichtung durch die zuständige Naturschutzfachbehörde gemäß § 46 Absatz 2 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezem-

ber 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, beziehungsweise durch die zuständige Wasserfachbehörde gemäß § 109 Absatz 2 Nummer 1 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

Bei Maßnahmen auf Grünland können zusätzlich ungenutzte Bereiche rotieren und dürfen sich höchstens in zwei aufeinanderfolgenden Jahren auf derselben Stelle befinden.

4. Maßnahmenspezifische Fördervoraussetzungen und -verpflichtungen

Die nachfolgend aufgeführten Fördervoraussetzungen und -verpflichtungen sind in allen Jahren des Verpflichtungszeitraums einzuhalten.

4.1 Maßnahmen auf Ackerland

4.1.1 AL 1 – Gewässer- und bodenschonende Begrünung von Ackerflächen

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) Bewirtschaftung von dauerhaft begrünten Flächen auf Flächen mit Ackerlandstatus,
- c) Nachweis eines Saatgutbeleges für Ansaatmischungen (Grünland oder Feldfutter) oder umbruchlose Weiterführung bestehender Bestände, die gemäß Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen vom 22. Juni 2015 (SächsABl. Sdr. S. S 289), die zuletzt durch die Richtlinie vom 26. April 2022 (SächsABl. S. 596) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. Sdr. S. S 239) (AL 1, AL 3/Ackerfütterkulturen, AL 5b, AL 5c) gefördert oder als EFA-Fläche (062, 066, 058, 054, 078, 060/Ackerfütterkulturen) angerechnet wurden,
- d) jährlich mindestens einmalige Nutzung bis spätestens zum 15. November,
- e) kein Umbruch,
- f) Bestandslücken sind unter Beachtung von Ziffer IV Nummer 2 Buchstabe a durch Nachsaat mit bodenschonendem Verfahren zu schließen,
- g) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutz- und der Wasserfachbehörde die chemische Regulierung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten auf Antrag im Einzelfall zulassen,
- h) Mindestbreite des Bruttoschlages 10 Meter sowie
- i) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

4.1.2 AL 2 – Verzicht auf Kulturen mit hohen N-Rückständen nach der Ernte

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) Maßnahme muss auf allen sächsischen Ackerflächen des Betriebes eingehalten werden, die innerhalb der Gebietskulisse Nitratgebiete liegen; das setzt voraus, dass sich der Bruttoschlag in einem Feldblock, der innerhalb der Gebietskulisse Nitratgebiete liegt (rote N-Gebiete gemäß § 13a der Düngeverordnung vom 26. Mai 2017 [BGBl. I S. 1305], die zuletzt durch Artikel 97 des Gesetzes vom 10. August 2021 [BGBl. I S. 3436] geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung) oder in einem als Trockengebiet (gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 7 der Düngeverordnung – N-Düngung von Sommerungen

in Nitrat-Gebieten) ausgewiesenen Feldblock befindet; ausgenommen sind Flächen mit den gleich- oder höherwertigen Maßnahmen AL 3, AL 4, AL 5a, AL 5b, AL 5c, AL 6a, AL 6b, AL 14 gemäß dieser Förderrichtlinie sowie sonstige nichtproduktive Flächen und

folgende Förderverpflichtung muss von den Begünstigten eingehalten werden:

- c) kein Anbau von E-Weizen, Hartweizen, Raps und Feldgemüse auf allen betrieblichen Flächen in roten N-Gebieten gemäß § 13a der Düngeverordnung.

4.1.3 AL 3 – Umweltgerechte Produktionsverfahren des Ackerfutter- und Leguminosenanbaus

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) jährlicher Anbau von Ackerfutterpflanzen (Reinsaat von Leguminosen und Gemische mit Gräsern und/oder anderen Futterpflanzen) und/oder Körnerleguminosen sowie
- c) kein Einsatz von N-Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.1.4 AL 4 – Extensivierung der Ackernutzung in Überflutungsauen

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Ackerland liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) kein Anbau von Mais oder Raps,
- d) Anbau von Ackerfutterkulturen in den ersten beiden Verpflichtungsjahren, selbstbegrünte Brache im fünften Verpflichtungsjahr,
- e) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln in den ersten beiden Verpflichtungsjahren sowie im fünften Verpflichtungsjahr,
- f) Begrünung nach Hauptkultur durch Winterungen, Zwischenfrüchte oder Untersaaten,
- g) Anwendung des Verfahrens der dauerhaft konservierenden Bodenbearbeitung sowie
- h) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei Zwischenfruchtanbau oder Untersaaten ist die Beseitigung des Aufwuchses ab 16. Februar des Folgejahres möglich.

Auentypische Strukturen (Schotterflächen, übersandete Flächen, Auskolkungen, Vernässungen) sind, soweit sie durch natürliche Überflutung entstehen, auf bis zu 10 Prozent der Förderfläche zulässig.

4.1.5 AL 5a – selbstbegrünte einjährige Brache

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) Selbstbegrünung nach jährlicher mechanischer Herstellung einer Schwarzbrache bis zum 31. März,
- c) ganzflächige Bodenbearbeitung; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- d) Bewirtschaftungspause vom 1. April bis zum 15. September sowie

- e) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln.

Sonstiges:

Je Bruttoschlag werden Flächen bis 10 ha gefördert.

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

Die Maßnahme kann auf Flächen, die nach Öko-Regelung 1a (gemäß § 20 Absatz 1 GAP-Direktzahlungen-Gesetz – GAPDZG) angemeldet sind, durchgeführt werden.

4.1.6 AL 5b – Selbstbegrünte mehrjährige Brache

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) mehrjährige Selbstbegrünung mit einer Bewirtschaftungspause vom 1. April bis 15. September,
- c) jährliche Pflege (Mahd, Mulchen, Beweidung mit Schafen und/oder Ziegen) auf höchstens 50 Prozent des Bruttoschlages im Zeitraum 16. September bis 31. März möglich; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- d) kein Umbruch,
- e) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde sowie
- f) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Die Maßnahme kann auf Flächen, die nach Öko-Regelung 1a (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) angemeldet sind, durchgeführt werden.

4.1.7 AL 5c – Mehrjährige Blühfläche auf Ackerland

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) Nachweis eines Saatgutbeleges für Ansaatmischungen gemäß Vorgaben; die Vorgaben sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- c) Ansaat entsprechend den Empfehlungen je nach Standort und Witterung spätestens im Frühjahr des ersten Verpflichtungsjahres; die Empfehlungen sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- d) mögliche Nachsaaten nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- e) sofern das Fachziel nicht erreicht wird (zum Beispiel durch fehlende Rotation der bei der Pflegemahd belassenen Bereiche), sind Neuansaat auf Anforderung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde durchzuführen,
- f) kein Umbruch, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- g) im ersten Verpflichtungsjahr beziehungsweise im Jahr nach der gegebenenfalls notwendigen Neuansaat ist ein ganzflächiger Schröpschnitt zulässig,
- h) jährlich ab dem zweiten Verpflichtungsjahr Durchführung eines Pflegeschnitts im Zeitraum vom 15. Juni bis zum 31. Juli, dabei sind jährlich wechselnd zirka 50 Prozent des Bruttoschlages bis zum Pflegeschnitt im Folgejahr ungenutzt zu belassen,
- i) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln,
- j) Bewirtschaftungspause ab 1. April bis 15. September (Ausnahmen Schröpschnitt und Pflegeschnitte, Neu-

ansaat), Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,

- k) kein Mulchen sowie

- l) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Je Bruttoschlag werden Flächen bis 10 ha gefördert.

Die Maßnahme kann auf Flächen, die nach Öko-Regelung 1a (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) angemeldet sind, durchgeführt werden.

4.1.8 AL 6a – Naturschutzgerechte Ackerbewirtschaftung für wildkrautreiche Äcker

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) Anbau von Getreide zur Körnerernte entweder jedes zweite Verpflichtungsjahr, beginnend mit dem ersten Antragsjahr des Bruttoschlages oder bei zweijährigem Ackerfutterbau mindestens dreimal in fünf Jahren Getreideanbau,
- c) kein Anbau von Mais, Raps, Sonnenblumen und Hirse,
- d) keine Untersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- e) keine mechanische Ackerwildkrautbekämpfung ab Aussaat bis zum 15. September, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- f) mögliche Stoppelbearbeitung beziehungsweise mögliche Beweidung mit Schafen und/oder Ziegen frühestens ab dem 16. September,
- g) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, mit Ausnahme der im ökologischen Landbau zugelassenen Düngemittel beziehungsweise Pflanzenschutzmittel sowie
- h) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

4.1.9 AL 6b – Naturschutzgerechte Ackerbewirtschaftung für Vögel der Feldflur

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) jährlicher Anbau von Getreide oder Erbsen zur Körnerernte,
- c) kein Anbau von Mais oder Hirse,
- d) keine Untersaaten,
- e) kein Einsatz von N-Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, mit Ausnahme der im ökologischen Landbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel, im Zeitraum von der Aussaat bis zum 15. September des Antragsjahres,
- f) keine mechanische Ackerwildkrautbekämpfung ab Aussaat bis zum 15. September; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde sowie
- g) mögliche Stoppelbearbeitung beziehungsweise mögliche Beweidung mit Schafen und/oder Ziegen frühestens ab dem 16. September.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.1.10 AL 7 – Artenreicher Ackerrandstreifen

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße dazugehöriger Bruttoschlag: 0,3000 ha und

folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:

- b) Breite des Randstreifens mindestens 6 Meter und weniger als 50 Prozent der Fläche des Bruttoschlages,
c) jährlicher Anbau von Getreide zur Körnerernte (ohne Mais und Hirse),
d) verringerte Ansaatdichte der Feldfrucht im Vergleich zur übrigen Anbaufläche mit dem Ziel gelichteter, schütter stehender Kulturbestände,
e) keine Untersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
f) kein Einsatz von N-Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, mit Ausnahme der im ökologischen Landbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel, im Zeitraum von der Ansaat bis zum 15. September des Antragsjahres sowie
g) keine mechanische Ackerwildkrautbekämpfung auf dem Streifen bis zur Ernte.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.1.11 AL 8 – Kleinteilige Ackerbewirtschaftung

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und
folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:

- b) Bewirtschaftung von mindestens drei Bruttoschlägen von jeweils maximal 4 ha Größe in demselben Feldblock,
c) Bewirtschaftung mit mindestens drei unterschiedlichen Kulturen beziehungsweise Nutzungen (Brachen und Mischkulturen sind zugelassen und zählen als eigene Kultur),
d) kein Anbau von Mais auf diesen Bruttoschlägen,
e) jährlich auf mindestens einem der Bruttoschläge eine Blattfrucht und auf mindestens einem anderen der Bruttoschläge eine Halmfrucht sowie
f) jährlich auf mindestens einem der Bruttoschläge eine Winterung und auf mindestens einem anderen der Bruttoschläge eine Sommerung.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.1.12 AL 9 – Insektenschonende Ackerbewirtschaftung in speziellen Gebieten

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
b) Maßnahme muss auf allen sächsischen Ackerflächen des Betriebes eingehalten werden, die auf Feldblöcken mit mindestens einem Prozent Überschneidung mit FFH-Gebieten liegen, sofern diese Flächen nicht gleichzeitig in der Gebietskulisse für Schutzgebiete mit Bezug auf die Regelungen der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vom 10. November 1992 (BGBl. I S. 1887), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 1. Juni 2022 (BGBl. I S. 867), in der jeweils geltenden Fassung, liegen; ausgenommen sind Flächen mit den gleich- oder höherwertigen Maßnahmen AL 4, AL 5a, AL 5b, AL 5c, AL 6a, AL 6b, AL 14 gemäß dieser Förderrichtlinie sowie sonstige nichtproduktive Flächen und

folgende Förderverpflichtung muss von den Begünstigten eingehalten werden:

- c) kein Einsatz von Herbiziden und Insektiziden, mit Ausnahme der im ökologischen Landbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel; Ausnahmen sind nur nach Genehmigung (zum Beispiel Bekämpfung invasiver Arten) der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde und dem Pflanzenschutzdienst möglich.

4.1.13 AL 10 – Faunaschonende Mahd auf Ackerland

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und

folgende Förderverpflichtung muss von den Begünstigten eingehalten werden:

- b) faunaschonende Mahd mit Messerbalkenmähtwerk einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes nach der Mahd.

Sonstiges:

Die Maßnahme kann ausschließlich in Kombination mit den Maßnahmen AL 5b oder AL 5c gemäß dieser Förderrichtlinie beantragt werden.

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen der Maßnahmen AL 5b oder AL 5c durchgeführt werden (Rotation).

4.1.14 AL 11 – In situ Erhalt seltener Kulturen

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha und

folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:

- b) jährlicher Anbau von Saat- oder Pflanzgut oder Mischungen aus Saat- oder Pflanzgut gefährdeter heimischer Nutzpflanzen gemäß Vorgaben der landesspezifischen Sorten- beziehungsweise Artenauswahlliste; die Vorgaben sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht sowie
c) Nachweis eines Saatgutbeleges mit Sortenbezeichnung.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.1.15 AL 12 – Schwarzbrachestreifen am Ackerrand

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße dazugehöriger Bruttoschlag: 0,3000 ha,
b) keine Anlage auf Flächen, die in der Förderkulisse AL 13 liegen und

folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:

- c) Anlage eines mindestens einen Meter und maximal 20 Meter breiten Schwarzbrachestreifens am Feldrand von Aussaat bis zur Ernte der Hauptfrucht,
d) mechanisches Offenhalten des Streifens während des Anbaus der Hauptkultur sowie
e) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln auf dem Streifen.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.1.16 AL 13 – Sukzessionsstreifen mit natürlicher bachbegleitender Vegetation auf Ackerland

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße dazugehöriger Bruttoschlag: 0,3000 ha,

- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse AL 13 liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) mehrjährige Selbstbegrünung eines zwei bis zehn Meter breiten Sukzessionsstreifens auf landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen, die direkt an berichtspflichtigen Gewässern zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL-Berichtsgewässernetz) auf beihilfefähigen Flächen gemäß Förderkulisse angrenzen,
- d) Entwicklung einer natürlichen bachbegleitenden Vegetation als relevantes Landschaftselement „Hecken“ im Sinne von § 23 Absatz 1 Nummer 1 der GAP-Konditionalitäten-Verordnung (GAPKondV) bis zum Ende des Verpflichtungszeitraumes,
- e) kein Umbruch,
- f) keine Brachenutzung in den ersten zwei Verpflichtungsjahren auf der angrenzenden Hauptnutzungsfläche,
- g) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln,
- h) im Falle des Vorhandenseins von Ufervegetation ist zwischen den bestehenden Gehölzen und dem Sukzessionsstreifen ein sicht- und abgrenzbarer Streifen ohne Gehölzbewuchs von zirka einem Meter Breite freizuhalten sowie
- i) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

4.1.17 AL 14 – Entwicklung standortgerechter und klimaresilienter Mischwälder auf vormals als Ackerland genutzten Flächen nach Erstaufforstung

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) geförderte Erstaufforstung nach der Förderrichtlinie Wald und Forstwirtschaft auf vormals als Ackerland genutzter Fläche, welche sich innerhalb eines bereits vorhandenen Feldblockes der Bodennutzungskategorie Ackerland (AL) befand,
- c) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die gemäß der Förderrichtlinie Wald und Forstwirtschaft festgesetzt sind und für die ein Feldblock der Bodennutzungskategorie Wald, Holzungen (WH) angelegt ist und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- d) kein Einsatz von Herbiziden oder Insektiziden sowie
- e) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Die Maßnahme wird nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen von Artikel 41 der Verordnung (EU) 2022/2472 umgesetzt. Bewilligungen kommen nur unter Beachtung der einschlägigen Veröffentlichungs- und Informationspflichten in Betracht.

4.1.18 AL 15 – Überwinternde Stoppel

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) Belassen der Stoppel und Ernterückstände von Getreide, Körnerleguminosen, Ölsaaten, Hackfrüchten, Sonnenblumen, Hirse (außer Sorghum/Sudangras),
- c) kein Anbau von Mais,
- d) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln nach der Ernte bis zum 15. Februar des Folgejahres sowie
- e) Verzicht auf jegliche mechanische Bearbeitung nach der Ernte bis zum 15. Februar des Folgejahres.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.2 Maßnahmen auf Grünland

4.2.1 GL 1a – Artenreiches Grünland – Ergebnisorientierte Honorierung – sechs Kennarten

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) jährlicher Nachweis von mindestens sechs Kennarten beziehungsweise Kennartengruppen anhand der vorgegebenen Referenzliste; die Referenzliste ist unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- d) mindestens eine Nutzung durch Mahd mit Beräumung und Abtransport oder Beweidung pro Jahr,
- e) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- f) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Die Maßnahme kann auf Flächen, die nach Öko-Regelung 5 (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) angemeldet sind, durchgeführt werden.

4.2.2 GL 1b – Artenreiches Grünland – Ergebnisorientierte Honorierung – acht Kennarten

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) jährlicher Nachweis von mindestens acht Kennarten beziehungsweise Kennartengruppen anhand der vorgegebenen Referenzliste; die Referenzliste ist unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- d) mindestens eine Nutzung durch Mahd mit Beräumung und Abtransport oder Beweidung pro Jahr,
- e) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- f) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Die Maßnahme kann auf Flächen, die nach Öko-Regelung 5 (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) angemeldet sind, durchgeführt werden.

4.2.3 GL 2a – Angepasste Grünlandnutzung in Überflutungsauen

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Nutzung nur durch eine den standörtlichen Bedingungen angepasste Mahd mit Beräumung und Abtransport des Mähgutes und/oder Beweidung mindestens einmal jährlich,
- d) kein Einsatz von Düngemitteln; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- e) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
- f) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- g) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Auentypische Strukturen (Schotterflächen, übersandete Flächen, Auskolkungen, Vernässungen) sind, soweit sie durch natürliche Überflutung entstehen, auf bis zu 10 Prozent der Förderfläche zulässig.

4.2.4 GL 2b – Neues Dauergrünland aus Ackerland in Überflutungsauen und auf Moorflächen

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
- b) geförderte Umwandlung von Ackerland in Dauergrünland über die Förderrichtlinie Natürliches Erbe (FRL NE/2023) auf vormals als Ackerland genutzter Fläche, welche sich innerhalb eines bereits vorhandenen Feldblockes der Bodennutzungskategorie Ackerland (AL) befand,
- c) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die gemäß der FRL NE/2023 festgesetzt sind und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- d) die neue Dauergrünlandfläche (umgewandelte ehemalige Ackerfläche) ist ab dem ersten Verpflichtungsjahr als eine Dauergrünlandfläche zu bewirtschaften,
- e) Nutzung nur durch eine den standörtlichen Bedingungen angepasste Mahd mit Beräumung und Abtransport des Mähgutes und/oder Beweidung mindestens einmal jährlich,
- f) kein Einsatz von Düngemitteln; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- g) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
- h) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang

als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie

- i) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Auentypische Strukturen (Schotterflächen, übersandete Flächen, Auskolkungen, Vernässungen) sind, soweit sie durch natürliche Überflutung entstehen, auf bis zu 10 Prozent der Förderfläche förderunschädlich. Ein hoher Wasserstand beziehungsweise eine temporäre vollständige Überstauung sind förderunschädlich.

4.2.5 GL 3a – Offenlandbiotope mit partieller Pflege und einjähriger Nutzungspause auf den Teilflächen

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Pflegeschnitt in Form einer partiellen faunaschonenden Mahd (mit Messerbalkenmäherwerk, Freischneider oder Handmahd) einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes nach der Mahd auf jährlich wechselnd zirka 50 Prozent des Bruttoschlages zwischen dem 1. August und 15. November; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- d) keine Beweidung; Ausnahmen für eine Vor- und Nachbeweidung nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- e) kein Einsatz von Düngemitteln,
- f) keine Kalkung,
- g) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen sowie
- h) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.6 GL 3b – Offenlandbiotope mit partieller Pflege und zweijähriger Nutzungspause auf den Teilflächen

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
- b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Pflegeschnitt in Form einer partiellen faunaschonenden Mahd (mit Messerbalkenmäherwerk, Freischneider oder Handmahd) einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes nach der Mahd auf jeweils zirka 50 Prozent des Bruttoschlages im ersten und im vierten Ver-

pflanzenschutzjahr beziehungsweise auf der anderen Hälfte des Bruttoschlages im zweiten und fünften Verpflichtungsjahr zwischen dem 1. August und 15. November; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,

- d) keine Beweidung; Ausnahmen für eine Vor- und Nachbeweidung nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- e) kein Einsatz von Düngemitteln,
- f) keine Kalkung,
- g) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen sowie
- h) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.7 GL 4a – Naturschutzgerechte Hütehaltung oder Beweidung mit Schafen und/oder Ziegen

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkategorie Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Nutzung gemäß Vorgabe in der Förderkategorie nach einer der folgenden Varianten:
 - Variante 1: mindestens zwei Nutzungen pro Jahr
 - Abschluss der ersten Nutzung als Beweidung bis spätestens 31. Mai,
 - Bewirtschaftungspause ab 1. Juni bis 14. Juli,
 - zweite Nutzung als Beweidung oder Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes darf erst ab dem 15. Juli durchgeführt werden,
 - Variante 2: mindestens zwei Nutzungen pro Jahr
 - Abschluss der ersten Nutzung als Beweidung bis spätestens 15. Juni,
 - Bewirtschaftungspause ab 16. Juni bis 31. Juli,
 - zweite Nutzung als Beweidung oder Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes darf erst ab dem 1. August durchgeführt werden,
 - Variante 3: mindestens eine Weidenutzung pro Jahr, ganzjährige Beweidung möglich,
 - d) alle Varianten: Beweidung mit Schafen/Ziegen,
 - e) für Variante 1 und 2: Ausnahmen zum Pflegeregime nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - f) keine Zufütterung auf der Förderfläche (ausgenommen Mineralstoffe); Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - g) kein Einsatz von N-Düngemitteln,
 - h) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten

mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,

- i) keine Nach- und Übersaaten; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- j) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- k) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.8 GL 4b – Naturschutzgerechte Beweidung mit Raufutterfressern

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkategorie Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Nutzung gemäß Vorgabe in der Förderkategorie nach einer der folgenden Varianten:
 - Variante 1: mindestens zwei Nutzungen pro Jahr
 - Abschluss der ersten Nutzung als Beweidung bis spätestens 31. Mai,
 - Bewirtschaftungspause ab 1. Juni bis 14. Juli,
 - zweite Nutzung als Beweidung oder Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes darf erst ab dem 15. Juli durchgeführt werden,
 - Variante 2: mindestens zwei Nutzungen pro Jahr
 - Abschluss der ersten Nutzung als Beweidung bis spätestens 15. Juni,
 - Bewirtschaftungspause ab 16. Juni bis 31. Juli,
 - zweite Nutzung als Beweidung oder Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes darf erst ab dem 1. August durchgeführt werden,
 - Variante 3: mindestens eine Weidenutzung pro Jahr, ganzjährige Beweidung möglich,
 - d) alle Varianten: Beweidung mit Rindern und/oder Equiden,
 - e) Ausnahmen zur Beweidung zusätzlich mit Schafen und/oder Ziegen sowie zu Pflegezeiträumen bei Variante 1 und 2 nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - f) keine Zufütterung auf der Förderfläche (ausgenommen Mineralstoffe); Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - g) kein Einsatz von N-Düngemitteln,
 - h) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,

- i) keine Nach- und Übersaaten; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- j) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- k) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.9 GL 5a – Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – erste Mahd ab 1. Juni

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) mindestens zwei Nutzungen pro Jahr,
 - d) erste Nutzung als Mahd ab 1. Juni,
 - e) Abschluss der ersten Nutzung einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes bis spätestens 31. Juli,
 - f) zweite Nutzung als Mahd mit Beräumung und Abtransport des Mähgutes oder Beweidung bis spätestens 15. November,
 - g) kein Einsatz von N-Düngemitteln; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - h) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
 - i) keine Nach- und Übersaaten; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - j) Vorweide nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - k) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
 - l) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur

nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.10 GL 5b – Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – erste Mahd ab 15. Juni

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) mindestens zwei Nutzungen pro Jahr,
 - d) erste Nutzung als Mahd ab 15. Juni,
 - e) Abschluss der ersten Nutzung einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes bis spätestens 31. Juli,
 - f) zweite Nutzung als Mahd mit Beräumung und Abtransport des Mähgutes oder Beweidung bis spätestens 15. November,
 - g) kein Einsatz von N-Düngemitteln, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - h) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
 - i) keine Nach- und Übersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - j) Vorweide nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - k) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
 - l) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.11 GL 5c – Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – erste Mahd ab 1. Juli beziehungsweise 1. August

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) mindestens einmal jährliche Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes gemäß Vorgabe in der Förderkulisse nach einer der folgenden Varianten:
 - Variante 1: ab 1. Juli
 - Variante 2: ab 1. August,

- d) Abschluss der ersten Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes bis spätestens 15. November,
- e) kein Einsatz von N-Düngemitteln, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- f) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
- g) keine Nach- und Übersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde möglich,
- h) Vorweide nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- i) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- j) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.12 GL 5d – Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – mindestens zwei Nutzungen pro Jahr – Nutzungspause

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Abschluss der ersten Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes gemäß Vorgabe in der Förderkulisse nach einer der folgenden Varianten:
 - Variante 1: bis spätestens 15. Mai
 - Variante 2: bis spätestens 31. Mai,
 - d) die zweite Nutzung als Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes oder als Beweidung darf erst gemäß Vorgabe in der Förderkulisse nach einer der folgenden Varianten durchgeführt werden:
 - Variante 1: ab 1. September
 - Variante 2: ab 15. September,
 - e) die zweite Mahd ist bis zum 15. November abzuschließen; Ausnahmen zu Pflegezeiträumen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - f) Bewirtschaftungspause entsprechend bei Variante 1 ab 16. Mai bis 31. August und bei Variante 2 ab 1. Juni bis 14. September,
 - g) kein Einsatz von N-Düngemitteln; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - h) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
 - i) keine Nach- und Übersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - j) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
 - k) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

- i) keine Nach- und Übersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- j) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
- k) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.13 GL 5e – Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – mindestens zwei Nutzungen pro Jahr – kurze Nutzungspause

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Abschluss der ersten Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes bis spätestens 31. Mai,
 - d) Bewirtschaftungspause ab 1. Juni bis 14. Juli,
 - e) die zweite Nutzung als Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes oder als Beweidung darf erst ab 15. Juli durchgeführt werden und ist bis zum 15. November abzuschließen,
 - f) kein Einsatz von N-Düngemitteln, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - g) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
 - h) keine Nach- und Übersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - i) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
 - j) ortsfeste Durchführung der Maßnahme im Verpflichtungszeitraum.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur

nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.14 GL 6 – Spezielle artenschutzgerechte Grünlandnutzung – Aushagerung

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) mindestens dreimalige Nutzung pro Jahr als Mahd mit Beräumung des Mähgutes, Ausnahme: die dritte Nutzung ist als Beweidung mit anschließender Weidepflege nach Genehmigung durch die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde möglich,
 - d) Abschluss der ersten Mahd einschließlich Beräumung und Abtransport des Mähgutes bis spätestens 31. Mai,
 - e) kein Einsatz von N-Düngemitteln,
 - f) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
 - g) keine Nach- und Übersaaten; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
 - h) Belassen von ungenutzten Bereichen von mindestens 10 bis maximal 20 Prozent bei jedem Nutzungsdurchgang als Mahd oder Inanspruchnahme der Öko-Regelung 1d (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) (Altgrasstreifen oder -flächen in Dauergrünland) auf diesem Bruttoschlag sowie
 - i) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Bei einer Beweidung ist das Belassen von ungenutzten Bereichen von maximal 20 Prozent der Förderfläche optional möglich.

Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefeland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2.15 GL 7 – Staffelmahd auf Grünland

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) erste Nutzung als Staffelmahd im Abstand von mindestens zwei Wochen,
 - d) bei jeder Teilmahd sind unter Beachtung ungenutzter Bereiche zirka 50 Prozent der Fläche zu mähen,
 - e) Beginn der Mahd nicht vor dem frühestmöglichen Termin der gleichzeitig auf dem Bruttoschlag beantragten Grünlandmaßnahme; Ausnahmen zum Terminabschluss der ersten Mahd nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde sowie
 - f) bei Beantragung als alleinige Maßnahme oder in Kombination mit einer Maßnahme, bei der kein Termin zur ersten Nutzung vorgegeben ist, dann Anzeige der ersten Teilmahd bei der Bewilligungsbehörde.

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.2.16 GL 8 – Faunaschonende Mahd auf Grünland

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtung muss von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) faunaschonende Mahd bei jedem Mahddurchgang (Händermahd, Freischneider oder mit Messerbalkenmäherwerk).

Sonstiges:

Die Maßnahme darf jährlich wechselnd auf verschiedenen Bruttoschlägen durchgeführt werden (Rotation).

4.2.17 GL 9 – Sukzessionsstreifen mit natürlicher bachbegleitender Vegetation auf Grünland

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße des dazugehörigen Bruttoschlages: 0,3000 ha,
 - b) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen und
- folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- c) Anlage eines zwei bis zehn Meter breiten Sukzessionsstreifens auf Grünlandflächen, die direkt an berichtspflichtigen Gewässern zur Umsetzung der WRRL (WRRL-Berichtsgewässernetz) auf beihilfefähigen Flächen gemäß Förderkulisse angrenzen,
 - d) Entwicklung einer natürlichen bachbegleitenden Vegetation als relevantes Landschaftselement „Hecken“ im Sinne von § 23 Absatz 1 Nummer 1 GAPKondV bis zum Ende des Verpflichtungszeitraumes,
 - e) kein Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln,
 - f) im Falle des Vorhandenseins von Ufervegetation ist zwischen den bestehenden Gehölzen und dem Sukzessionsstreifen ein sicht- und abgrenzbarer Streifen ohne Gehölzbewuchs von zirka einem Meter Breite freizuhalten sowie
 - g) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

4.2.18 GL 10 – Entwicklung standortgerechter und klimaresilienter Mischwälder auf vormals als Dauergrünland genutzten Flächen nach Erstaufforstung

Folgende Fördervoraussetzungen müssen vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,3000 ha,
- b) geförderte Erstaufforstung nach FRL WuF/2023 auf vormals als Dauergrünland genutzter Fläche, welche sich innerhalb eines bereits vorhandenen Feldblockes der Bodennutzungskategorie Grünland (GL) befand,
- c) Förderung erfolgt nur auf Flächen, die gemäß FRL WuF/2023 festgesetzt sind und für die ein Feldblock der Bodennutzungskategorie Wald, Holzungen (WH) angelegt ist und

folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:

- d) kein Einsatz von Herbiziden oder Insektiziden sowie
- e) ortsfeste Durchführung der Maßnahme.

Sonstiges:

Die Fläche muss in einem Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet „Waldmehrung“ entsprechend der aktuellen Regionalplanung oder in einem festgesetzten „Hochwasserentstehungsgebiet“ gemäß § 76 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen

Wassergesetzes, in Verbindung mit § 78d Absatz 2 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 5) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, liegen.

Die Maßnahme wird nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen von Artikel 41 der Verordnung (EU) 2022/2472 umgesetzt. Bewilligungen kommen nur unter Beachtung der einschlägigen Veröffentlichungs- und Informationspflichten in Betracht.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Art und Umfang der Zuwendung

Zuwendungsart: Projektförderung
Finanzierungsart: Festbetragsfinanzierung
Form der Zuwendung: Zuschuss

2. Höhe der Zuwendung

Die Höhe der Zuwendung je Maßnahme wird durch das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft öffentlich bekannt gemacht unter <https://www.lsnq.de/auk2023>.

VI.

Sonstige Bestimmungen

1. Kombinationen, Mehrfachförderungen

1.1 Maßnahmen dieser Förderrichtlinie

Zulässig sind nur solche Kombinationen von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie, bei denen eine Mehrfachförderung für identische Förderverpflichtungen ausgeschlossen ist. In einem Verpflichtungsjahr können maximal zwei verschiedene Maßnahmen gemäß dieser Förderrichtlinie auf einem Bruttoschlag gefördert werden.

Zulässige Kombinationen von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht.

1.2 Kombination mit weiteren Förderungen

Maßnahmen nach dieser Förderrichtlinie können mit Maßnahmen anderer Förderrichtlinien sowie den Öko-Regelungen (ÖR) der 1. Säule (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) kombiniert werden.

1.2.1 Kombination mit Öko-Regelungen der 1. Säule

Zulässige Kombinationen von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie mit Öko-Regelungen gemäß GAPDZV sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht.

1.2.2 Kombination mit Förderrichtlinie ÖBL/2023

Eine Kombination von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie mit einer Bewirtschaftung nach der Förderrichtlinie Ökologischer/Biologischer Landbau vom 4. Oktober 2022 ist möglich. Zulässige Kombinationen von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie mit Maßnahmen der Förderrichtlinie ÖBL/2023 sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht. Die Bemessung der Zuwendungen erfolgt in Abhängigkeit der Maßnahmen.

1.2.3 Kombination mit Förderrichtlinie ISA/2021

Eine Kombination von Grünlandmaßnahmen nach dieser Förderrichtlinie und der Grünlandmaßnahme I_GL nach der Förderrichtlinie Insektenschutz und Artenvielfalt vom 10. Februar 2021 (SächsABl. S. 167), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDR. S. S 239) in der jeweils geltenden Fassung ist ausgeschlossen.

Die Ackerlandmaßnahmen der Förderrichtlinie ISA/2021 I_AL 1 und I_AL 2 können sich in einem Bruttoschlag befinden, in dem auch Flächenanteile nach dieser Förderrichtlinie gefördert werden. Diese Regelung trifft auf folgende Maßnahmen dieser Förderrichtlinie zu:

AL 1, AL 2, AL 3, AL 4, AL 6a, AL 6b, AL 7, AL 8, AL 9, AL 11, AL 12, AL 13, AL 15. Die jeweiligen Flächenanteile dürfen sich nicht überlappen.

1.2.4 Kombination mit Förderrichtlinie AZL/2015

Für die nach dieser Förderrichtlinie geförderten Flächen kann in der Regel zusätzlich eine Förderung nach der Förderrichtlinie Ausgleichszulage vom 22. Juni 2015 (SächsABl. SDR. S. S 308), die zuletzt durch die Richtlinie vom 19. März 2020 (SächsABl. S. 416) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDR. S. S 239), in der jeweils geltenden Fassung, gewährt werden. Einzelheiten können dem entsprechenden Merkblatt unter <https://www.lsnq.de/azl> entnommen werden.

2. Förderfähige Flächen

Die Zuwendung wird für landwirtschaftliche Flächen, die der Definition gemäß § 4 Absatz 1 GAPDZV entsprechen, gewährt. Hierzu gehören auch angrenzende oder eingeschlossene Landschaftselemente (Bruttoschlag), die zum jeweiligen Antrag auf Direktzahlungen und Agrarförderung anzugeben sind.

3. Nicht förderfähige Flächen

Für nachfolgende Flächen werden keine Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie gewährt:

- Flächen, die zu einer Anlage gehören, die dem Wege-, Straßen-, Schienen- oder Schiffsverkehr von Personen oder Fahrzeugen dient, mit Ausnahme beweidbarer Dämme bei einer Anlage, die dem Schiffsverkehr dient,
- dem Luftverkehr dienende Funktionsflächen, insbesondere Roll-, Start- und Landebahnen,
- Flächen, die für Freizeit- oder Erholungszwecke oder zum Sport genutzt werden und hierfür eingerichtet sind oder in einem hierfür bestimmten Zustand erhalten werden, es sei denn, die Fläche wird außerhalb der Vegetationsperiode für den Wintersport genutzt,
- Parkanlagen, Ziergärten,
- Flächen auf Truppenübungsplätzen, soweit die Flächen vorrangig militärisch genutzt werden,
- Flächen, auf denen sich Anlagen zur Nutzung von solarer Strahlungsenergie befinden, es sei denn, die antragstellende Person weist nach, dass es sich um eine Agri-Photovoltaik-Anlage gemäß § 12 Absatz 5 GAPDZV handelt,
- Deponien vor Ablauf der Stilllegungsphase,
- Betriebsgelände, Gewerbegebiete, allgemein der gewerblichen Nutzung dienende Flächen,
- Kompensationsflächen entsprechend der bau- und naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und
- Deiche, es sei denn, dass eine der Maßnahme konforme Bewirtschaftung uneingeschränkt möglich ist.

4. Flächenzugänge

4.1 Ortsfeste Maßnahmen

Flächenzugänge sind förderfähig, wenn hierfür ein entsprechender Erweiterungsantrag zum Teilnahmeantrag gestellt wurde und diese bewilligt werden. Auf Teil C Ziffer II Nummer 1.2 wird verwiesen.

4.2 Rotierende Maßnahmen

Für Maßnahmen, deren Verpflichtung sich nicht auf ortsfeste Bruttoschläge beziehungsweise Teilflächen bezieht und bei denen eine Rotation erlaubt ist, gilt, dass im Verpflichtungszeitraum Flächenerweiterungen ohne Erweiterungsantrag erfolgen können, wenn die Flächenerweiterung 20 Prozent des bewilligten Flächenumfangs je Maßnahme nicht übersteigt. Für Flächenzugänge über diesen zulässigen Flächenkorridor ist ein Erweiterungsantrag notwendig.

5. Flächenübergang

Gehen während des Verpflichtungszeitraumes der ganze Betrieb oder einzelne Flächen, die der Verpflichtung unterliegen, auf eine oder mehrere andere Personen über und wird der Abgang der Bewilligungsbehörde rechtzeitig (spätestens mit dem folgenden Auszahlungsantrag) angezeigt, müssen die Begünstigten die für diese Flächen erhaltenen Zuwendungen nicht zurückerstatten. Dies gilt unabhängig davon, ob der übernehmende Betrieb die Verpflichtung übernimmt oder nicht. Diese Regelung gilt nicht für Flächen, die zum Beispiel wegen Umnutzung oder Bebauung im Betrieb verbleiben.

Verpflichtungsübergabe und -übernahme sind bei der Bewilligungsbehörde anzuzeigen.

6. Flächenentzug

Werden die Begünstigten infolge von Flurbereinigungsverfahren oder anderweitigen öffentlichen oder von den zuständigen Behörden anerkannten Bodenordnungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren an der Erfüllung ihrer eingegangenen Verpflichtung gehindert, so treffen die Beteiligten die erforderlichen Vorkehrungen, um die Verpflichtungen an die neue Lage des Betriebes anzupassen. Erweist sich eine solche Anpassung als unmöglich, so endet die Verpflichtung, ohne dass für den tatsächlichen Verpflichtungszeitraum eine Rückzahlung gefordert wird.

7. Änderungen von Verpflichtungen

- a) Für Neueinsteiger in die Förderung des Ökologischen/Biologischen Landbaus nach der Förderrichtlinie ÖBL/2023 ist ein Ausstieg unabhängig von der Erfüllung des Verpflichtungszeitraumes aus den Maßnahmen AL 2, AL 3, AL 4 und AL 9 ohne Rückzahlungsverpflichtung möglich.
- b) Bei der Maßnahme GL 1a ist ein Wechsel zur Maßnahme GL 1b im Verpflichtungszeitraum möglich, sofern die bestehenden Verpflichtungen für die gesamte Fläche beibehalten werden. Mit diesem Wechsel ist durch das Vorhandensein einer höheren Kennartenanzahl von einem höheren Umweltbeitrag bezüglich der Biodiversität auszugehen. Es entsteht dadurch keine Rückzahlungsverpflichtung für die ursprüngliche Maßnahme GL 1a. Als Verpflichtungsdauer der höherwertigen Maßnahme GL 1b ist die ursprünglich eingegangene Verpflichtungsdauer maßgeblich.
- c) In begründeten Einzelfällen ist:
 - aa) eine Anpassung von Verpflichtungen innerhalb des betreffenden Verpflichtungszeitraumes zulässig,

sofern eine solche im Rahmen des GAP-Strategieplans möglich und mit Blick auf die Zielsetzungen der ursprünglichen Verpflichtung hinreichend begründet ist,

- bb) die Umwandlung einer Verpflichtung während des laufenden Verpflichtungszeitraumes in eine andere Verpflichtung möglich, sofern diese eine naturschutzfachlich höherwertigere Verpflichtung darstellt und die zuständige Naturschutzfachbehörde dies aus zwingenden naturschutzfachlichen Gründen zur Erreichung des naturschutzfachlichen Zieles für unumgänglich und erforderlich hält.
- d) Der Wechsel aus einer laufenden Verpflichtung gemäß dieser Förderrichtlinie in Naturschutzmaßnahmen im Rahmen von Naturschutzprojekten zum Beispiel Naturschutzgroßprojekten ist in Einzelfällen nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde zulässig.

8. Kommunikation

Die Begünstigten haben die Vorgaben hinsichtlich Kommunikationsmaterial, gemäß Artikel 5 und 6 in Verbindung mit Anhang II und III der Durchführungsverordnung (EU) 2022/129 zu erfüllen, sofern sie Kommunikationstätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung einer Maßnahme dieser Förderrichtlinie ausführen.

VII. Transparenz

Bei Maßnahmen, die aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) oder des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert werden, veröffentlicht der Freistaat Sachsen aufgrund von Artikel 98 der Verordnung (EU) 2021/2116 und der Artikel 58 sowie Artikel 59 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 die Informationen zu Namen und Gemeinde der Begünstigten, gegebenenfalls einschließlich der Informationen über Gruppen, denen die Begünstigten gemäß Artikel 59 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2116 angehören, den Maßnahmencode, maßnahmenbezogen das spezifische Ziel, das Anfangs- und das Enddatum, die Beträge für den EGFL, den ELER einschließlich der Kofinanzierung sowie die entsprechenden Gesamtbeträge einschließlich des EU-Gesamtbetrages.

Zusätzlich sind bei den Maßnahmen AL 14 und GL 10, die auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2022/2472 gewährt werden, die beihilferechtlichen Transparenzpflichten für Einzelbeihilfen zu beachten.

Teil B GAK-finanzierte Maßnahmen

I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Zweck der Förderung ist der Erhalt und die Entwicklung von gefährdeten beziehungsweise wertvollen Lebensraum- und Biotoptypen des Offenlandes einschließlich der daran gebundenen Arten sowie der Habitate spezifischer, schutzbedürftiger Arten des Offenlandes, die zu ihrer Erhaltung auf eine regelmäßig stattfindende Pflegemahd angewiesen sind, sofern die Pflegemahd mit besonderen Bewirtschaftungserschwernissen verbunden ist.

2. Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendungen nach:
- a) Maßgabe dieser Förderrichtlinie,
 - b) der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, insbesondere §§ 23 und 44,
 - c) der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178),
 - d) dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2231) geändert worden ist,
 - e) dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Rahmenplan),
 - f) dem Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist,
 - g) der Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (2022/C 485/01) (ABl. C 458 vom 21.12.2022, S. 1) – Agrarraum – in den jeweils geltenden Fassungen.
3. Die Zuwendungen werden auf der Grundlage des Teils II 1.1.4 des Agrarraumens erbracht. Die Bewilligungsbescheide dürfen erst erlassen werden, nachdem die Regelungen dieser Richtlinie durch die Europäische Kommission für zulässig erklärt worden sind. Die beihilferechtliche Identifikationsnummer ist im Bewilligungsbescheid anzugeben.
4. Ein Anspruch der Begünstigten auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie.

II.

Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist die Bewirtschaftung und Pflege von Grünlandflächen nach Vorgaben des Naturschutzes.

Dazu sind folgende Maßnahmen im Sinne dieser Förderrichtlinie Teil B förderfähig:

Kürzel	Maßnahme
GLB 1a	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens einmal jährliche Mahd mit mittlerer Erschwernis
GLB 1b	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens einmal jährliche Mahd mit hoher Erschwernis

Kürzel	Maßnahme
GLB 1c	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens einmal jährliche Mahd mit sehr hoher Erschwernis
GLB 1d	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens einmal jährliche Mahd mit extrem hoher Erschwernis
GLB 2a	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens zweimal jährliche Mahd mit mittlerer Erschwernis
GLB 2b	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens zweimal jährliche Mahd mit hoher Erschwernis
GLB 2c	Biotoppflegemaßnahme mit Erschwernis – mindestens zweimal jährliche Mahd mit sehr hoher Erschwernis

III.

Begünstigte

1. Begünstigte im Sinne dieser Förderrichtlinie sind natürliche oder juristische Personen oder Vereinigungen sowie Zusammenschlüsse natürlicher oder juristischer Personen, unabhängig von der Rechtsform, die eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne von § 3 GAPDZV ausüben.
2. Die Zuwendungen dürfen nicht an Unternehmen gewährt werden, bei denen es sich um Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Randnummer 33 Absatz 63 des Agrarraumens handelt oder die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind.

IV.

Fördervoraussetzungen und Förderverpflichtungen

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage einer entsprechenden Fachplanung, die von den Naturschutzfachbehörden in Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden festgelegt ist und in der Förderkulisse Grünland abgebildet wird.

1. Allgemeine Fördervoraussetzungen

- a) Die zur Förderung nach dieser Förderrichtlinie beantragten Flächen müssen im Gebiet des Freistaates Sachsen und in einem Feldblock des für Sachsen geltenden Landwirtschaftlichen Flächeninformationssystems (LPIS) liegen.
- b) Die Förderung erfolgt nur auf Flächen, die in der Förderkulisse Grünland liegen, welche im Antragsportal DI-ANAWeb unter <https://www.diana.sachsen.de> abrufbar ist.
- c) Die Förderung erfolgt nur für die der Maßnahme entsprechenden zulässigen Bodennutzungskategorie.

2. Allgemeine Förderverpflichtungen

Die Begünstigten haben folgende allgemeine Förderverpflichtungen für die Dauer des Verpflichtungszeitraums einzuhalten:

- a) Führung schlagbezogener Angaben in digitaler Form für die beantragten Flächen und Bereitstellung dieser für Kontrollen; die Mindestanforderungen zur Dokumentation der Bewirtschaftung und Pflege sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,
- b) keine Handlungen, die das Maßnahmenziel gefährden, insbesondere nicht sachgerechte Beweidung, tiefe Fahr-

spuren sowie nicht sachgerechter Einsatz von schwerem Gerät, Ent- oder Bewässerung, Reliefveränderungen; Hinweise hierzu sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht,

- c) kein Einsatz von Aufbereitern bei allen Mahd-, Pflege- und Ernteverfahren (Weidepflege, Schröpschnitte, Entwicklungspflege),
- d) Beantragung und Bewirtschaftung mit einer für die beantragte Maßnahme zugelassenen Kulturart sowie
- e) ortsfeste Durchführung der Maßnahmen im Verpflichtungszeitraum.

3. Allgemeine Hinweise

Ausnahmen von einzelnen Förderverpflichtungen, die über die in den einzelnen Maßnahmen genannten Ausnahmen hinausgehen, sind nur in begründeten Einzelfällen möglich, wenn die Zielstellung der ursprünglichen Förderverpflichtung weiterhin gegeben ist. Voraussetzung ist die Bestätigung der Ausnahme im Hinblick auf die Zielstellung der ursprünglichen Förderverpflichtung durch die zuständige Naturschutzfachbehörde.

Die erstmalig vergebene Schlagbezeichnung ist über die Dauer der Verpflichtung beizubehalten.

4. Maßnahmenspezifische Förderverpflichtungen

Die nachfolgend aufgeführten Fördervoraussetzungen und -verpflichtungen sind in allen Jahren des Verpflichtungszeitraums gemäß Teil C Ziffer II Nummer 1 einzuhalten.

4.1 Biotoppflegemahd mit Erschwernis – mindestens einmal jährliche Mahd mit:

- 4.1.1 GLB 1a mittlerer Erschwernis
- 4.1.2 GLB 1b hoher Erschwernis
- 4.1.3 GLB 1c sehr hoher Erschwernis
- 4.1.4 GLB 1d extrem hoher Erschwernis

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) mindestens einmal jährliche faunaschonende Mahd (mit Messerbalkenmäherwerk, Freischneider oder Handmahd), Beräumung und Abtransport nach der Mahd mit entsprechender Erschwernis,
- c) Einhaltung des Pflegezeitraums gemäß Vorgabe in Förderkulisse nach einer der folgenden Varianten:
 - Variante 1: ohne Termin
 - Variante 2: 1. Juni bis 31. Juli
 - Variante 3: 1. Juli bis 31. August
 - Variante 4: ab 15. September,
- d) Ausnahmen zu Pflegezeiträumen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde möglich,
- e) kein Einsatz von N-Dünger; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- f) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
- g) Vor- und Nachbeweidung nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde möglich sowie

- h) keine Nach- und Übersaaten; Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde.

Sonstiges:

Ein Belassen von ungenutzten Bereichen von weniger als 10 Prozent der Förderfläche ist optional möglich, Rotation und überjähriges Stehenlassen der Bereiche ist möglich. Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist jährlich auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

4.2 Biotoppflegemahd mit Erschwernis – mindestens zweimal jährliche Mahd mit:

- 4.2.1 GLB 2a – mittlerer Erschwernis
- 4.2.2 GLB 2b – hoher Erschwernis
- 4.2.3 GLB 2c – sehr hoher Erschwernis

Folgende Fördervoraussetzung muss vorliegen:

- a) Mindestschlaggröße: 0,1000 ha und folgende Förderverpflichtungen müssen von den Begünstigten eingehalten werden:
- b) mindestens zweimal jährliche faunaschonende Mahd (mit Messerbalkenmäherwerk, Freischneider oder Handmahd), Beräumung und Abtransport nach der Mahd mit entsprechender Erschwernis,
- c) Einhaltung des Pflegezeitraums gemäß Vorgabe in Förderkulisse nach einer der folgenden Varianten:
 - Variante 1: ohne Termin
 - Variante 2: erste Mahd 1. Juni – 15. Juli, Termin zweite Mahd nicht vorgegeben
 - Variante 3: erste Mahd 15. Juni – 31. Juli, Termin zweite Mahd nicht vorgegeben
 - Variante 4: erste Mahd bis 31. Mai, zweite Mahd ab 15. September,
- d) Ausnahmen zu Pflegezeiträumen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde möglich,
- e) kein Einsatz von N-Dünger, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde,
- f) kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, abweichend davon kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde die Bekämpfung großblättriger Ampferarten und ausbreitungsstarker Neophyten mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Einzelfall auf Antrag zulassen,
- g) Vor- und Nachbeweidung nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde möglich sowie
- h) keine Nach- und Übersaaten, Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde.

Sonstiges:

Ein Belassen von ungenutzten Bereichen von weniger als 10 Prozent der Förderfläche ist optional möglich, Rotation und überjähriges Stehenlassen der Bereiche ist möglich. Eine mechanische Grünlandpflege (zum Beispiel Schleppen, Walzen, Striegeln) zwischen dem 15. September und dem 1. April (Tiefland) beziehungsweise 15. April (Bergland) ist jährlich auf maximal 50 Prozent der Fläche mit Ausnahme der belassenen, ungenutzten Bereiche zulässig (Ausnahmen nur nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde).

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**1. Art und Umfang der Zuwendung**

Zuwendungsart: Projektförderung
Finanzierungsart: Festbetragsfinanzierung
Form der Zuwendung: Zuschuss

2. Höhe der Zuwendung

Die Höhe der Zuwendung je Maßnahme wird durch das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft öffentlich bekannt gemacht unter <https://www.lsnq.de/auk2023>.

3. Bagatellgrenze

Abweichend zu Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung können die Maßnahmen ohne eine Mindestzuwendungssumme gefördert werden.

VI.

Sonstige Bestimmungen**1. Kombinationen, Mehrfachförderungen****1.1 Kombination von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie**

Eine Kombination der Maßnahmen der Biotoppflegemaßnahme mit der Maßnahme GL 7 (Staffelmahd) nach Teil A dieser Förderrichtlinie ist mit Gewährung beider Zuwendungen möglich. Darüber hinaus sind Kombinationen mit Maßnahmen nach Teil A ausgeschlossen. Zulässige Kombinationen von Maßnahmen dieser Förderrichtlinie sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht.

1.2 Kombination mit Öko-Regelungen der 1. Säule

Eine Kombination der Maßnahmen der Biotoppflegemaßnahme ist mit der Öko-Regelung 4 (Extensivierung DGL Gesamtbetrieb) und der Öko-Regelung 7 (Natura 2000) (gemäß § 20 Absatz 1 GAPDZG) bei Gewährung beider Zuwendungen möglich. Darüber hinaus sind Kombinationen mit den Öko-Regelungen ausgeschlossen. Zulässige Kombinationen sind unter <https://www.lsnq.de/auk2023> veröffentlicht.

1.3 Kombination mit Förderrichtlinie ÖBL/2023

Die Maßnahmen der Biotoppflegemaßnahme sind mit der Förderrichtlinie ÖBL/2023 kombinierbar. Die Zuwendung für die Biotoppflegemaßnahme wird um den Betrag für die Zuwendung der Maßnahme ÖBL B 2GL nach der Förderrichtlinie ÖBL/2023 gekürzt.

1.4 Kombination mit Förderrichtlinie ISA/2021

Eine Kombination der Biotoppflegemaßnahme mit der Maßnahme I_GL der Förderrichtlinie ISA/2021 ist ausgeschlossen.

1.5 Kombination mit Förderrichtlinie AZL/2015

Eine Kombination der Biotoppflegemaßnahme mit Maßnahmen der Förderrichtlinie AZL/2015 ist ausgeschlossen.

2. Förderfähige Flächen

Die Zuwendung wird für landwirtschaftliche Flächen, die der Definition gemäß § 4 Absatz 1 der GAPDZV entsprechen,

gewährt. Hierzu gehören auch angrenzende oder eingeschlossene Landschaftselemente (Bruttoschlag), die zum jeweiligen Antrag auf Direktzahlungen und Agrarförderung anzugeben sind.

3. Nicht förderfähige Flächen

Für nachfolgende Flächen werden keine Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie gewährt:

- Flächen, die zu einer Anlage gehören, die dem Wege-, Straßen-, Schienen- oder Schiffsverkehr von Personen oder Fahrzeugen dient, mit Ausnahme beweidbarer Dämme bei einer Anlage, die dem Schiffsverkehr dient,
- dem Luftverkehr dienende Funktionsflächen, insbesondere Roll-, Start- und Landebahnen,
- Flächen, die für Freizeit- oder Erholungszwecke oder zum Sport genutzt werden und hierfür eingerichtet sind oder in einem hierfür bestimmten Zustand erhalten werden, es sei denn, die Fläche wird außerhalb der Vegetationsperiode für den Wintersport genutzt,
- Parkanlagen, Ziergärten,
- Flächen auf Truppenübungsplätzen, soweit die Flächen vorrangig militärisch genutzt werden,
- Flächen, auf denen sich Anlagen zur Nutzung von solarer Strahlungsenergie befinden,
- Deponien vor Ablauf der Stilllegungsphase,
- Betriebsgelände, Gewerbegebiete, allgemein der gewerblichen Nutzung dienende Flächen,
- Kompensationsflächen entsprechend der bau- und naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und
- Deiche, es sei denn, dass eine der Maßnahme konforme Bewirtschaftung uneingeschränkt möglich ist.

4. Flächenzugänge

Flächenzugänge sind förderfähig, wenn hierfür ein entsprechender Erweiterungsantrag zum Teilnahmeantrag gestellt wurde und diese bewilligt werden. Auf Teil C Ziffer II Nummer 1.2 wird verwiesen.

5. Flächenübergang

Gehen während des Verpflichtungszeitraumes der ganze Betrieb oder einzelne Flächen, die der Verpflichtung unterliegen, auf eine oder mehrere andere Personen über und wird der Abgang der Bewilligungsbehörde rechtzeitig (spätestens mit dem folgenden Auszahlungsantrag) angezeigt, müssen die Begünstigten die für diese Flächen erhaltenen Zuwendungen nicht zurückerstatten. Dies gilt unabhängig davon, ob der übernehmende Betrieb die Verpflichtung übernimmt oder nicht. Diese Regelung gilt nicht für Flächen, die zum Beispiel wegen Umnutzung oder Bebauung im Betrieb verbleiben.

Verpflichtungsübergabe und -übernahme sind bei der Bewilligungsbehörde anzuzeigen.

6. Flächenentzug

Werden die Begünstigten infolge von Flurbereinigungsverfahren oder anderweitigen öffentlichen oder von den zuständigen Behörden anerkannten Bodenordnungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren an der Erfüllung ihrer eingegangenen Verpflichtung gehindert, so treffen die Beteiligten die erforderlichen Vorkehrungen, um die Verpflichtungen an die neue Lage des Betriebes anzupassen. Erweist sich eine solche Anpassung als unmöglich, so endet die Verpflichtung, ohne dass für den tatsächlichen Verpflichtungszeitraum eine Rückzahlung gefordert wird.

7. Änderungen von Verpflichtungen

In begründeten Einzelfällen ist:

- a) eine Anpassung von Verpflichtungen innerhalb des betreffenden Verpflichtungszeitraumes zulässig, sofern eine solche mit Blick auf die Zielsetzungen der ursprünglichen Verpflichtung hinreichend begründet ist,
- b) die Umwandlung einer Verpflichtung während des laufenden Verpflichtungszeitraumes in eine andere Verpflichtung möglich, sofern diese eine naturschutzfachlich höherwertigere Verpflichtung darstellt und die zuständige Naturschutzfachbehörde dies aus zwingenden naturschutzfachlichen Gründen zur Erreichung des naturschutzfachlichen Zieles für unumgänglich und erforderlich hält.
- c) Der Wechsel aus einer laufenden Verpflichtung gemäß dieser Förderrichtlinie in Naturschutzmaßnahmen im Rahmen von Naturschutzprojekten zum Beispiel Naturschutzgroßprojekten ist in Einzelfällen nach Genehmigung der Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzfachbehörde zulässig.

VII.

Transparenz

Die beihilferechtlichen Transparenzverpflichtungen erfordern bei Überschreiten des einschlägigen Schwellenwertes des Agrarraumens eine Veröffentlichung von Einzelbeihilfen in der öffentlichen Beihilfetransparenzdatenbank (TAM).

VIII.

Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind.

Teil C

Gemeinsame Bestimmungen

I.

Verfahrensregelungen

1. Zuständige Behörde

Antrags- und Bewilligungsbehörde ist das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie.

2. Antragstellung, Bewilligung und Auszahlung

2.1 Antragstellung

2.1.1 Teilnahmeantrag, Erweiterungsantrag, Ersetzungsantrag

Für die Gewährung einer Zuwendung nach dieser Förderrichtlinie ist ein Teilnahmeantrag vor Beginn der Verpflichtungen notwendig. Sofern im Verpflichtungszeitraum weitere Maßnahmen beantragt oder weitere Flächen in die Verpflichtung genommen werden, ist ein Erweiterungsantrag notwendig. Wird eine Umwandlung in eine naturschutzfachlich höherwertigere Maßnahme auf fachliche Empfehlung der Naturschutzfachbehörde während des laufenden Verpflichtungszeitraumes vorgenommen, ist ein Ersetzungsantrag notwendig.

Die Antragstellung erfolgt über das webbasierte Antragsportal DIANAweb unter <https://www.diana.sachsen.de>. Der Teilnahmeantrag ist bis spätestens 15. Dezember des Jahres vor dem ersten Verpflichtungsjahr sowie die Erweiterungsanträge und die Ersetzungsanträge sind bis spätestens 15. Dezember des Jahres vor dem relevanten Verpflichtungsjahr bei der Bewilligungsbehörde zu stellen (Ausschlussfrist).

2.1.2 Auszahlungsantrag

Mit Beginn der Verpflichtung sind jährliche Auszahlungsanträge im gesamten Verpflichtungszeitraum im Rahmen des Antrages auf Direktzahlungen und Agrarförderung über das webbasierte Antragsportal DIANAweb unter <https://www.diana.sachsen.de> zu stellen. Die Auszahlungsanträge müssen bis spätestens 15. Mai des aktuellen Verpflichtungsjahres bei der Bewilligungsbehörde eingegangen sein. Der Auszahlungsantrag ist verspätungs- und verfristungsrelevant.

Mit dem Auszahlungsantrag wird von den Begünstigten die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen bestätigt.

2.2 Bewilligungsverfahren

2.2.1 Bestätigung zum Teilnahmeantrag, Erweiterungsantrag, Ersetzungsantrag

Die Bewilligungsbehörde prüft die Antragsangaben und bestätigt die Teilnahme am Programm für die beantragten Maßnahmen einschließlich des Verpflichtungszeitraums je Maßnahme. Antragstellende, deren Anträgen nicht oder nicht vollständig entsprochen werden kann, erhalten eine Teilausschüttung oder Ablehnung unter Angabe der die Entscheidung tragenden Gründe.

2.2.2 Bewilligung Auszahlungsantrag

Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach Abschluss der Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen mit einem schriftlichen Bewilligungsbescheid über die Gewährung sowie über die Höhe der Zuwendung.

Antragstellende, deren Auszahlungsanträgen nicht oder nicht vollständig entsprochen wurde, erhalten einen Teilausschüttungs- oder Ablehnungsbescheid unter Angabe der die Entscheidung tragenden Gründe.

2.3 Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis für eine Förderung nach Teil B besteht aus den übermittelten Daten zur Größe der Flächen aus dem Antragsverfahren gemäß Nummer 2.1.2.

2.4 Auszahlungsverfahren

Für die Förderung nach Teil A dieser Förderrichtlinie gilt, dass vor jeder Auszahlung durch die Bewilligungsbehörde zu prüfen ist, ob fällige Rückforderungen oder Sanktionen des Freistaates Sachsen aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) oder dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gegen die Begünstigten bestehen. Ist das der Fall, wird gemäß Artikel 57 Absatz 1 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2116 der fällige Rückforderungsbetrag beziehungsweise der Sanktionsbetrag mit dem anstehenden Auszahlungsbetrag verrechnet.

Zur Vermeidung unbilliger Härten besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf teilweise Verrechnung bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.

Die Auszahlung für alle Maßnahmen dieser Förderrichtlinie erfolgt durch die Hauptkasse des Freistaates Sachsen in einem automatisierten Verfahren.

3. Kontrollverfahren

Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie kontrolliert insbesondere, ob:

- a) die Anträge vollständig sind und fristgerecht eingereicht wurden
- b) die Fördervoraussetzungen und Förderverpflichtungen eingehalten werden und
- c) keine Mehrfachförderung erfolgt.

Die Fördervoraussetzungen und Förderverpflichtungen werden im Rahmen von Verwaltungskontrollen sowie im Rahmen des Flächenüberwachungssystems (AMS) überprüft. Die mittels Sentinel-Satellitenbildern kontrollierbaren Prüfinhalte werden flächendeckend kontrolliert. Die Prüfinhalte, die nicht mittels Sentinel-Satellitenbildern auswertbar sind, werden stichprobenbasiert innerhalb des Verpflichtungszeitraumes durch physische Vor-Ort-Kontrollen überprüft. Diese können durch Beibringung von geeigneten Nachweisen ergänzt werden.

Die Feststellung der förderfähigen Flächen erfolgt im Rahmen des InVeKoS.

4. Ablehnung, Kürzung, Sanktionierung, Rückforderung und Verzinsung

Es gelten die Vorschriften der Europäischen Union zu Ablehnungen, Rücknahmen und Sanktionen, insbesondere der Artikel 57, 59, 62, 84 und 85 der Verordnung (EU) 2021/2116 und die Artikel 7 ff. der delegierten Verordnung (EU) 2022/1172 sowie die nationalen Umsetzungsregelungen und § 1 Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit den §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

Stellt die Bewilligungsbehörde fest, dass die Begünstigten nicht alle Flächen gemäß Artikel 8 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/1173 angegeben haben oder liegen Übererklärungen vor, wird entsprechend § 46f. GAPInVeKoSV die Auszahlung ganz oder teilweise abgelehnt oder die Förderung ganz oder teilweise zurückgenommen.

Stellt die Bewilligungsbehörde fest, dass andere Fördervoraussetzungen oder Förderverpflichtungen als Größe der Fläche nicht erfüllt sind, wird auf der Grundlage des Artikels 57 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 die Auszahlung abgelehnt oder die Förderung ganz oder teilweise gemäß § 1 SächsVwVfZG in Verbindung mit §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zurückgenommen. Dabei sind nach Artikel 59 Absatz 5 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 Schwere, Ausmaß, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes zu berücksichtigen.

Ein Verstoß gegen die Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) gemäß Unionsrecht und die auf nationaler Ebene aufgestellten Standards für die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) nach Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 13 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgrund einer unmittelbar der begünstigten Person anzulastenden Handlung oder Unterlassung führt nach den Artikeln 12 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115, den Artikeln 83 ff. der Verordnung (EU) 2021/2116, der Artikel 6 ff. der delegierten Verordnung (EU) 2022/1172, den §§ 19 ff.

GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) und §§ 36 ff. GAPKondV dazu, dass der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr zu gewährenden Förderung gekürzt oder keinerlei Zahlung geleistet wird.

Neben der Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Beträgen werden Zinsen gemäß § 49 a Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erhoben.

Gemäß Artikel 59 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 in Verbindung mit § 14 GAPInVeKoSG kann die Bewilligungsbehörde in folgenden Fällen ganz oder teilweise auf die Rückzahlung beziehungsweise Sanktion der Zuwendung verzichten:

- a) wenn der Verstoß auf höhere Gewalt oder außergewöhnliche Umstände zurückzuführen ist,
- b) wenn der Verstoß auf einen Fehler der Bewilligungsbehörde oder einer anderen Behörde zurückzuführen ist und wenn der Fehler für die begünstigte Person nach vernünftiger Einschätzung nicht erkennbar war,
- c) wenn die begünstigte Person die Bewilligungsbehörde davon überzeugen kann, dass sie nicht die Schuld für den Verstoß gegen die Bedingungen der Förderung trägt, oder wenn die Bewilligungsbehörde auf andere Weise zu der Überzeugung gelangt, dass die begünstigte Person keine Schuld trägt,
- d) wenn der Verstoß geringfügigen Charakter hat.

II.

Sonstige Bestimmungen

1. Verpflichtungszeitraum

Der Verpflichtungszeitraum beginnt unabhängig vom Tag des Einganges des Teilnahmeantrages stets am 1. Januar des ersten Kalenderjahres, welches unmittelbar auf einen gültigen Teilnahmeantrag folgt (erstes Verpflichtungsjahr), und endet zum 31. Dezember des letzten Verpflichtungsjahres. Gleiches gilt für Neuverpflichtungen auf Grund von Erweiterungs- oder Ersetzungsanträgen.

Bei den Maßnahmen nach dieser Förderrichtlinie umfasst der Verpflichtungszeitraum fünf Jahre.

1.1 Nichteinhaltung des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums

Für den jährlichen Auszahlungsantrag gelten die entsprechenden Vorgaben des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems zum Antragsendtermin und zur Fristversäumnis. Wird ein Auszahlungsantrag nicht oder so verspätet eingereicht, dass er nach diesen Vorschriften als unzulässig anzusehen ist, gilt der fünfjährige Verpflichtungszeitraum als nicht eingehalten und es ist keine Zuwendung für das betroffene Verpflichtungsjahr auszubezahlen. Bereits gewährte Zuwendungen sind zurückzufordern, soweit aufgrund der Umstände keine andere Entscheidung gerechtfertigt ist.

1.2 Anpassung/Verlängerung des Verpflichtungszeitraums

Werden im Verpflichtungszeitraum Erweiterungsanträge für die gleiche Maßnahme gestellt, so verlängert sich der Verpflichtungszeitraum um weitere fünf Jahre, wenn der Umfang der Flächenerweiterung mehr als 50 Prozent, bezogen auf den ursprünglichen Bewilligungsumfang in Hektar, beträgt. Bei Flächenerweiterungen unter 50 Prozent ist keine Verlängerung des Verpflichtungszeitraums für die betroffene Maßnahme notwendig. Dies gilt aber nur, wenn der festgesetzte Verpflichtungszeitraum noch eine Laufzeit von min-

destens zwei Jahren hat. Anderenfalls ist der Verpflichtungszeitraum für den gesamten Bewilligungsumfang um weitere fünf Jahre zu verlängern.

2. Förderausschlüsse

Maßnahmen, zu deren Durchführung oder Unterlassung die Begünstigten auf Grund von rechtlichen Bestimmungen verpflichtet sind, sind von einer Förderung nach dieser Förderrichtlinie ausgeschlossen. Hierzu zählen auch Kompensationsverpflichtungen nach Bau- und Naturschutzrecht. Neben einer Flächenförderung nach dieser Förderrichtlinie dürfen keine anderen öffentlichen Mittel für dieselben Förderverpflichtungen in Anspruch genommen werden.

3. Höhere Gewalt und außergewöhnliche Umstände

In Fällen höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 kann die Bewilligungsbehörde Ausnahmen von den eingegangenen Förderverpflichtungen zulassen. Fälle höherer Gewalt sind der Bewilligungsbehörde schriftlich und mit entsprechenden Nachweisen innerhalb von 15 Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt, ab dem die Begünstigten hierzu in der Lage sind, mitzuteilen. Unbeschadet besonderer Umstände des Einzelfalls ist höhere Gewalt insbesondere in folgenden Fällen anzunehmen:

- a) der Tod der Begünstigten,
- b) länger andauernde Berufsunfähigkeit der Begünstigten,
- c) die Enteignung des gesamten Betriebes oder eines wesentlichen Teils davon, soweit diese Enteignung am Tag der Einreichung des Antrags nicht vorherzusehen war,
- d) eine schwere Naturkatastrophe oder ein schweres Wetterereignis, die beziehungsweise das den Betrieb erheblich in Mitleidenschaft zieht,
- e) die unfallbedingte Zerstörung von Stallgebäuden des Betriebes und
- f) eine Tierseuche, der Ausbruch einer Pflanzenkrankheit oder das Auftreten eines Pflanzenschädlings, die beziehungsweise der den gesamten Tier- beziehungsweise Pflanzenbestand der Begünstigten oder einen Teil davon betrifft.

4. Anwendung Baseline

Soweit in dieser Förderrichtlinie keine abweichenden Regelungen getroffen werden, sind:

- a) die Grundanforderungen an die Betriebsführung sowie die GLÖZ-Standards nach Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 13 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115,
- b) die einschlägigen Kriterien und Mindesttätigkeiten gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 und Punkt 4.1.1 des GAP-Strategieplans,
- c) die einschlägigen Mindestanforderungen für den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und
- d) sonstige einschlägige verpflichtende Anforderungen des nationalen Rechts einzuhalten.

5. Anwendung Konditionalität

Das System zur Durchführung und Kontrolle der Einhaltung verbindlicher Grundanforderungen gilt gemäß Artikel 83 Absatz 1 b) der Verordnung (EU) 2021/2116 auch für die Flächenförderung nach Artikel 70 der Verordnung (EU)

2021/2115 und daher ebenso für Umwelt-, Klima- und andere Bewirtschaftungsverpflichtungen.

Damit sind durch die Begünstigten die Grundanforderungen an die Betriebsführung gemäß dem Unionsrecht und die im GAP-Strategieplan in Verbindung mit dem GAPKondG und der GAPKondV festgelegten Standards für die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand nach Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 13 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 einzuhalten.

6. Anwendung Revisionsklausel bei Anpassungen

Nach Artikel 70 Absatz 7 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2115 ist in die aufgrund dieser Förderrichtlinie ergehenden Bewilligungsbescheide eine Revisionsklausel aufzunehmen, wonach bei Änderungen der einschlägigen verpflichtenden Standards, Anforderungen oder Auflagen gemäß Artikel 70 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2115 die Inhalte der Verpflichtungen dieser Förderrichtlinie so angepasst werden können, dass diese weiterhin über den Vorgaben nach Artikel 70 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/2115 liegen. Wird eine solche Anpassung von den Begünstigten nicht akzeptiert, so endet die Verpflichtung, ohne dass für den tatsächlichen Verpflichtungszeitraum eine Rückzahlung der im Rahmen dieser Verpflichtung geleisteten Zahlungen gefordert wird.

Die aufgrund dieser Förderrichtlinie erlassenen Bewilligungsbescheide enthalten gemäß Artikel 70 Absatz 7 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 des Weiteren eine entsprechende Revisionsklausel, wonach die Umwelt-, Klima- und anderen Bewirtschaftungsauflagen bei Verpflichtungen, die über den Zeitraum der jetzigen Förderperiode beziehungsweise des gültigen GAP-Strategieplans hinausgehen, an den Rechtsrahmen der nächsten Förderperiode angepasst werden können.

7. Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen

Die gesetzlichen Verpflichtungen der Begünstigten nach dem Sächsischen Naturschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung, werden durch das Einvernehmen der Naturschutzfachbehörde, soweit bei den einzelnen Maßnahmen aufgeführt, nicht berührt. Dies gilt auch für gesetzliche Verpflichtungen nach anderen Fachgesetzen.

8. Aufbewahrungsfrist

Grundsätzlich sind alle im Zusammenhang mit der Förderung bedeutsamen Unterlagen für die Dauer von sechs Jahren nach Ablauf des Verpflichtungszeitraums aufzubewahren.

III. Inkrafttreten und Übergangsvorschriften

1. Diese Förderrichtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen vom 22. Juni 2015 (SächsABl. SDr. S. S 289), die zuletzt durch die Richtlinie vom 26. April 2022 (SächsABl. S. 596) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 239), bis auf Ziffer III, Nummer 4 und Ziffer IV außer Kraft.

3. Für Anträge, die aufgrund der FRL AUK/2015 im Jahr 2022 gestellt wurden, finden die Ziffer III, Nummer 4 und Ziffer IV der FRL AUK/2015 weiterhin Anwendung.

Dresden, den 4. Oktober 2022

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Anlage

Rechtsgrundlagen

Für das ELER-Förderverfahren gelten insbesondere die nachfolgenden Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung:

1. die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. L 193 vom 30. Juli 2018, S. 1),
2. Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. L 124 vom 8. Juni 1976, S. 1),
3. die Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (GAPSPV – ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1), die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/648 der Kommission vom 15. Februar 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 1) geändert worden ist,
4. GAP-Strategieplan 2023–2027 für die Bundesrepublik Deutschland, genehmigt mit Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission vom 21. November 2022 (CCI: 2023DE06AFSP001),
5. die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/1408 der Kommission vom 16. Juni 2022 (ABl. L 216 vom 19.8.2022, S. 1) geändert worden ist,
6. die Delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. März 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95),
7. die Delegierte Verordnung (EU) 2022/1172 der Kommission vom 4. Mai 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Verhängung und Berechnung von Verwaltungssanktionen im Bereich der Konditionalität (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 12),
8. die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131),
9. die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2022/1173 der Kommission vom 31. Mai 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 23),
10. die Durchführungsverordnung (EU) 2022/129 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Vorschriften für Interventionskategorien für Ölsaaten, Baumwolle und Nebenerzeugnisse der Weinbereitung gemäß der VO (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie für die Anforderungen hinsichtlich Information, Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit im Zusammenhang mit der Unterstützung der Union und den GAP-Strategieplänen (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 197–205),
11. die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), aktualisiert durch die Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, (EU) Nr. 251/2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und (EU) Nr. 228/2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 453 vom 6.12.2021, S. 262),
12. die Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 327 vom 21. Dezember 2022, S.1),
13. das GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz (GAPInVeKoSG) vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3523; 2022 I S. 2262),
14. die Verordnung zur Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (GAP-InVeKoS-Verordnung) vom 19. Dezember 2022 (BANz AT 19.12.2022 V1),
15. das GAP-Direktzahlungen-Gesetz (GAPDZG) vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3003; 2022 I S. 2262),
16. die GAP-Direktzahlungen-Verordnung (GAPDZV) vom 24. Januar 2022 (BGBl. I S. 139; 2022 I S. 2287), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. November 2022 (BANz AT 01.12.2022 V1) geändert worden ist,
17. das GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2996; 2022 I S. 2262),
18. die GAP-Konditionalitäten-Verordnung (GAPKondV) vom 7. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2244), die durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2273) geändert worden ist,
19. die Sächsische GAP-Umsetzungsverordnung vom 2. Januar 2023 (SächsGVBl. S. 8),

20. das Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit

dem Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist.

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über die Tabelle der durchschnittlichen Rohbauwerte

Vom 2. März 2023

Die Baupreisindexzahl, mit der nach Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 des Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnisses vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898), das durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, die Rohbauwerte der Anlage 2 zum Zehnten Sächsischen

Kostenverzeichnis ab 1. Mai 2023 zu vervielfältigen sind, beträgt 1,510.

Die sich daraus mit Gültigkeit ab 1. Mai 2023 ergebenden fortgeschriebenen durchschnittlichen Rohbauwerte werden in der nachstehenden Tabelle (Anlage) bekannt gegeben.

Dresden, den 2. März 2023

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Rothenberger-Temme
Abteilungsleiterin

Anlage

Tabelle der durchschnittlichen Rohbauwerte

Nummer	Gebäudeart	Rohbauwert Euro/m³
1	Wohngebäude	175
2	Wochenendhäuser	154
3	Büro- und Verwaltungsgebäude, Banken und Arztpraxen	236
4	Schulen	225
5	Kindergärten	201
6	Hotels, Pensionen und Heime bis 60 Betten, Gaststätten	201
7	Hotels, Heime und Sanatorien mit mehr als 60 Betten	234
8	Krankenhäuser	260
9	Versammlungsstätten, soweit nicht unter Nummer 7 oder 12 aufgeführt	201
10	Kirchen	225
11	Leichenhallen und Friedhofskapellen	184
12	Turn- und Sporthallen, soweit nicht unter Nummer 21 aufgeführt	133
13	Hallenbäder	217
14	sonstige, nicht unter den Nummern 1 bis 13 aufgeführte eingeschossige Gebäude, zum Beispiel Umkleideräume von Sporthallen und Schwimmbädern	169
15	Verkaufsstätten ¹⁾ , soweit sie eingeschossig sind	133
16	Verkaufsstätten ²⁾ , soweit sie mehrgeschossig sind	237
17	Kleingaragen, ausgenommen offene Kleingaragen	106
18	Mittel- und Großgaragen, soweit sie eingeschossig sind	130
19	Mittel- und Großgaragen, soweit sie mehrgeschossig sind	156
20	Tiefgaragen	240
21	Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude, Tennishallen sowie einfache Sporthallen, soweit sie eingeschossig sind, bis 50 000 m³ Brutto-Rauminhalt	
21.1	mit nicht geringen Einbauten ³⁾	116
21.2	ohne oder mit geringen Einbauten ³⁾	
21.2.1	bis 2 000 m³ Brutto-Rauminhalt	
21.2.1.1	Bauart schwer ⁴⁾	83
21.2.1.2	sonstige Bauart	72
21.2.2	der 2 000 m³ übersteigende Brutto-Rauminhalt bis 5 000 m³	
21.2.2.1	Bauart schwer ⁴⁾	72
21.2.2.2	sonstige Bauart	57
21.2.3	der 5 000 m³ übersteigende Brutto-Rauminhalt bis 50 000 m³	
21.2.3.1	Bauart schwer ⁴⁾	57
21.2.3.2	sonstige Bauart	45
22	Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude, soweit sie mehrgeschossig sind, bis 100 000 m³ Brutto-Rauminhalt	
22.1	ohne oder mit geringen Einbauten ³⁾	169
22.2	mit nicht geringen Einbauten ³⁾	195
23	sonstige kleinere gewerbliche Bauten, soweit sie eingeschossig sind, soweit nicht unter Nummer 21 aufgeführt	142
24	Stallgebäude, Scheunen und sonstige landwirtschaftliche Betriebsgebäude, ausgenommen Güllekeller	wie Nummer 21
25	Güllekeller, soweit sie unter Ställen oder sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden liegen	139
26	Schuppen, offene Kleingaragen, offene Feldscheunen und ähnliche Gebäude	65
27	Gewächshäuser	
27.1	bis 1 500 m³ Brutto-Rauminhalt	45
27.2	der 1 500 m³ übersteigende Brutto-Rauminhalt	29

¹⁾ Bei Hallenbauten ohne oder mit geringen Einbauten ist der Rohbauwert um 30 Prozent zu reduzieren. Hierzu zählen auch Einbauten im Sinne der Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 Absatz 3 Satz 4.

²⁾ Bei mehrgeschossigen Verkaufsstätten mit geringen Einbauten, deren Nutzflächen fast ausschließlich dem Verkauf oder der Ausstellung dienen, ist der Rohbauwert um 40 Prozent zu reduzieren. Hierzu zählen auch Einbauten im Sinne der Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 Absatz 3 Satz 4.

³⁾ Hierzu zählen auch Einbauten im Sinne der Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 Absatz 3 Satz 4.

⁴⁾ Gebäude, deren Außenwände überwiegend aus Beton, einschließlich Leicht- und Gasbeton, oder aus mehr als 17,5 cm dickem Mauerwerk bestehen.

Anmerkungen:

Anwendung finden die Absätze 1 bis 4 der Anmerkungen zu Anlage 2 des 10. Sächsischen Kostenverzeichnisses vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898) in der jeweils geltenden Fassung.

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über einen Antrag auf Erteilung
einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung
Gemarkung Rietschen
Vom 22. Februar 2023

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass die On-tras Gastransport GmbH, Maximilianallee 4 in 04129 Leipzig, einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Der Antrag (Az.: 32-0552/30/10) betrifft die vorhandene Ferngasleitung FGL 07.02 GASO einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von der Anlage betroffenen Grundstückseigentümer der Gemeinde Rietschen (Gemarkung Rietschen Fl.-Nr. 193) können den eingereichten Antrag sowie die beigefügten Unterlagen in der Zeit

vom 4. April bis einschließlich 2. Mai 2023

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0351/825-3222.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen nach Ablauf der Ausle-

gungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitz Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 22. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung
der Anlage zur Herstellung von Bleiakkumulatoren
der Firma Clarios Zwickau GmbH & Co. KG am Standort Zwickau**

Gz.: 44-8431/2634/6

Vom 22. Februar 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Firma Clarios Zwickau GmbH & Co. KG, Reichenbacher Straße 89 in 08056 Zwickau, mit Datum vom 6. Februar 2023 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Bleiakkumulatoren am Standort Zwickau mit folgendem verfügenden Teil, erteilt:

„1. Der Firma Clarios Zwickau GmbH & Co. KG, Reichenbacher Straße 89 in 08056 Zwickau, vertreten durch die Firma Clarios Germany Holding GmbH, diese vertreten durch ihre Geschäftsführung, wird auf ihren Antrag vom 21. März 2022 gemäß § 16 in Verbindung mit §§ 4, 6 und 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit § 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und der Nummer 3.21 in Verbindung mit Nummern 3.4.1 und 3.8.1 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Bleiakkumulatoren, gelegen auf den Flurstücken 2643/8, 1458/6, 1458/10, 2643/10, 2643/4, 2643/7, 2644/9, 1458/3, 2643/12, 1462/a-h, 1463/a, 1463/c, 1464/3, 1463/27, 2644/13 der Gemarkung Zwickau in Zwickau, erteilt.

2. Die in Nummer 1 genannte Änderung bezieht sich auf die Errichtung und den Betrieb einer weiteren Sovema-Mühle (Mühle Nummer 6) mit einer Leistung von 18 t/d zur Herstellung von Batteriebleioxidstaub in der Betriebseinheit 1 (Bleioxidstaubherstellung) einschließlich einer neuen Abgasreinigungsanlage (ARE 1.3.14) mit einer Leistung von maximal 7.000 m³/h sowie eines Silos für Bleizylinder (22,5 t, interne Nummer 1.21) und eines Silos für Bleioxidstaub (12,5 t, interne Nummer 1.22). Damit wird die mögliche Schmelzleistung der Anlage zur Herstellung von Bleiakkumulatoren am Standort Zwickau von 91.722 t/a auf 93.000 t/a erhöht.

3. Gemäß § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes eingeschlossene Entscheidung:

Diese Genehmigung schließt die Baugenehmigung zur Aufstellung für folgende Lagerbehälter in der Betriebseinheit 1 (Halle 70/75), gelegen auf dem Flurstück Nummer 2643/8 der Gemarkung Zwickau in Zwickau, ein:

- a) Silo für Bleizylinder (22,5 t) – interne Nummer 1.21,
- b) Silo für Bleioxidstaub (12,5 t) – interne Nummer 1.22.

Folgende Pläne und Zeichnungen sind Bestandteil der Baugenehmigung:

- Auszug aus dem Liegenschaftskataster vom 22. April 2022
- Auszug aus dem Liegenschaftskataster mit Markierung Lage Bauvorhaben vom 10. Mai 2022

- Lage Betriebseinheit 1 im Grundriss Erdgeschoss Übersicht vom 10. Mai 2022
- Grundriss Betriebseinheit 1 vom 10. Mai 2022
- Betriebseinheit 1: Längsschnitt L-L, Ansichten vom 18. Mai 2022
- Betriebseinheit 1: Fundamentplan vom 18. Mai 2022

4. Wasserrechtliche Erlaubnisse oder Bewilligungen sind in dieser Genehmigung nicht enthalten.

5. Die geplante Inbetriebnahme der Sovema-Mühle 6 ist der Landesdirektion Sachsen, dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, dem Landratsamt Zwickau sowie der Stadtverwaltung Zwickau 14 Tage vorher anzuzeigen.

6. Diese Genehmigung ergeht antragsgemäß (Abschnitt B), sofern nicht in der Entscheidung (Abschnitt A) oder über die Nebenbestimmungen (Abschnitt C) etwas anderes geregelt ist.

7. Die Anlage ist nach den in Abschnitt B aufgeführten Antragsunterlagen, auf der Grundlage der in Abschnitt A getroffenen Entscheidungen und unter Einhaltung der in Abschnitt C festgelegten Nebenbestimmungen zu errichten und zu betreiben.

Die Hinweise in Abschnitt D sollten beachtet werden.

8. Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren nach Eintritt ihrer Bestandskraft mit dem Betrieb der Sovema-Mühle 6 begonnen worden ist.

9. Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen.“

Der Tenor enthält außerdem die Entscheidung über die Höhe der Kosten des Verfahrens.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitz Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die tech-

nischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lds.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 17. März 2023 bis einschließlich 30. März 2023

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen,
Dienststelle Chemnitz, Raum 517,
Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz
montags und mittwochs 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
dienstags und donnerstags 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
freitags 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:

[https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung/
?ID=14256&art_param=664&q=1](https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1)

einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Chemnitz, den 22. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung der Anlage
für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen
der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG)
am Standort 04349 Leipzig**

Gz.: 44-8431/2644

Vom 28. Februar 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft in 04349 Leipzig, BMW-Allee 1, mit Datum vom 23. Dezember 2022 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen – Änderung 370 – Vorhaben Ausbau Modul- und Hochvolt-speicherung am Standort BMW-Allee 1 in 04349 Leipzig, Gemarkung Plaußig, Flurstück 308/1, mit folgendem verfügbaren Teil erteilt.

I. Entscheidung

1.1 Der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG), Werk Leipzig, BMW Allee 1 in 04349 Leipzig wird auf den Antrag vom 29. April 2022, zuletzt ergänzt am 17. November 2022, gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung (Änderung Nummer 370) des BMW Werks Leipzig, einer Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen gemäß Nummer 3.24 G des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen am Standort BMW Allee 1 in 04349 Leipzig, Gemarkung Plaußig, Flurstück 308/1, erteilt.

Durch die hier genehmigte Änderung wird das BMW Werk Leipzig um die Errichtung und Betrieb einer Anlage nach Nummer 5.1.1.2 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (sog. Technologie Antrieb besteht aus Montage- und Zellbeschichtungsanlagen in den Gebäuden 32.x und 52.0) mit einem Lösemittelverbrauch von insgesamt 35,1 t/a erweitert.

1.2 Das Änderungsvorhaben Nummer 370 umfasst einschließlich bereits baurechtlich genehmigter Ausbaustufen im Einzelnen folgende Antragsgegenstände:

- Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Modulen für Hochvolt-speicher (Modullinie MP08) für BMW Elektrofahrzeuge mit einer Kapazität von 180 Modulen/Stunde im Gebäude 32.0;
- Errichtung und Betrieb einer weiteren Anlage zur Herstellung von Modulen für Hochvolt-speicher (Modullinie MP12) für BMW Elektrofahrzeuge mit einer Kapazität von 90 Doppelmodulen/Stunde im Gebäude 52.0;
- Bau einer Montagehalle Gebäude 32.1 für HVS-Batteriemontagen und Logistikflächen sowie Sozialbereichen;
- Errichtung und Betrieb von zwei HVS-Batteriemontagelinien (BA12/BA13) innerhalb des Gebäudes 32.1 mit einer Produktionskapazität von 30 Hochvolt-speicher/Stunde je Anlage;

- Errichtung und Betrieb einer weiteren Anlage zur Herstellung von Doppelmodulen für HV Speicher (MP13) im Gebäude 52.0 mit einer Produktionskapazität von 90 Doppelmodulen je Stunde;
- Errichtung und Betrieb von drei Anlagen zur Beschichtung von Zellen für Hochvolt-speichermodule (CC43/CC44/CC45) mit einer Kapazität von je 2 600 Zellen/Stunde im Gebäude 52.0;
- Errichtung und Betrieb von zwei Anlagen zur Beschichtung von Zellen für Hochvolt-speichermodule (CC41/CC42) mit je einer Kapazität von 2.600 Zellen/Stunde im Gebäude 32.0;
- die Anpassung des werksinternen Verkehrskonzeptes (Anzahl Lkw-Verkehre, Verortung von Ablade-stellen und Parkplätzen);
- Aufhebung der inhaltlichen Beschränkungen aus der Nebenbestimmung 3.1 der von der Stadt Leipzig erteilten Baugenehmigung vom 17. Januar 2022, Az: 63-2021-013917-SB-63-22-CHC) zum Änderungsvorhaben 355 zur Unterschreitung der Leistungsgrenzen nach Nummer 5.1.1.2 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

1.3 Diese Änderungsgenehmigung schließt gemäß § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes andere die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen ein, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme von Planfeststellungen, Zulassungen bergrechtlicher Betriebspläne, behördlicher Entscheidungen auf Grund atomrechtlicher Vorschriften und wasserrechtlichen Erlaubnissen und Bewilligungen nach § 8 in Verbindung mit § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes. Eingeschlossen sind insbesondere

- die Baugenehmigung gemäß §§ 63, 64 der Sächsischen Bauordnung für die baulichen und technologischen Errichtungen, Änderungen und Nutzungsänderungen in den Gebäuden 32.0, 32.1 und 52.0
- die Eignungsfeststellungen nach § 63 des Wasserhaushaltsgesetzes für Errichtung, Betrieb und wesentliche Änderung folgender Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe:
 - o die Anlagen Logistik I, Logistik II, Logistik III und Logistik IV im Gebäude 32.1 unter dem Vorbehalt, dass die Prüfung dieser Anlagen nach § 46 Absatz 2 in Verbindung mit Anlage 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen die bescheidkonforme Errichtung bestätigt,

- o die Anlagen Kalthalle Nordwest und Kalthalle Südwest im Gebäude 32.1 und
- o die Anlagen QFFM Sperrfläche, Logistik II, Betreiber II, Logistik III, Sperrfläche Nacharbeit I (MP13), Sperrfläche II (MP13) und Anlieferkalthalle im Gebäude 52 unter dem Vorbehalt, dass die Prüfung dieser Anlagen nach § 46 Absatz 2 in Verbindung mit Anlage 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen die bescheidkonforme Errichtung bestätigt.

1.4 Die Genehmigung wird nach Maßgabe der Antragsunterlagen sowie mit Nebenbestimmungen laut Abschnitt III erteilt.

1.5 Die Kosten des Verfahrens trägt die BMW AG, Werk Leipzig. Über die Höhe der Kosten wird in einem gesonderten Kostenbescheid entschieden.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 17. März 2023 bis einschließlich 31. März 2023

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie
von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Leipzig, den 28. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Wenn aufgrund der COVID-19-Pandemie Regelungen zu Schutzmaßnahmen bestehen, wird gebeten, sich vor der Einsichtnahme in die Unterlagen bei der Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail Daniela.Adam@lds.sachsen.de, Tel. 0341/977 4433 über die Zugangsbedingungen zu informieren.

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:

[https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/
?ID=14256&art_param=664&q=1](https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1)

einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf Erteilung der Genehmigung für das Vorhaben 356 als
wesentliche Änderung der Anlage für den Bau
und die Montage von Kraftfahrzeugen der Firma BMW AG Werk Leipzig
am Standort BMW Allee 1 in 04349 Leipzig
– Erörterungstermin –**

Gz.: 44-8431/2648

Vom 3. März 2023

Der für den 17. März 2023 ab 10:00 Uhr in der Landesdirektion Sachsen in 04107 Leipzig, Braustraße 2, Raum 39, angesetzte Erörterungstermin zum oben genannten Vorhaben (Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 24. November 2022 im Sächsischen Amtsblatt Nummer 49 vom 8. Dezember 2022) sowie im Internet unter <http://www.lidsachsen.de/bekanntmachung> unter der Ru-

brik Umweltschutz) findet gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, nicht statt.

Leipzig, den 3. März 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der 1. Änderung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen
an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH**

Gz.: 20-2217/191/1

Vom 27. Februar 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 10. Januar 2023 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung am 16. Juni 2022 beschlossene 1. Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH genehmigt.

Die 1. Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 27. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Roth
Referatsleiter

Satzung zur 1. Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

Vom 16. Juni 2022

Auf der Grundlage der §§ 61 Absatz 1, 26 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Versammlung des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH am 16. Juni 2022 die folgende Satzung zur 1. Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes kommunaler Anteilseigner Sachsen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH beschlossen:

Artikel 1 Änderungen

1. § 5 wird wie folgt geändert:
§ 5 Absatz 2 Nr. 3 wird gestrichen. § 5 Absatz 2 Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 16 werden zu § 5 Absatz 2 Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15.

2. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„§ 7
Deckung des Aufwandes“.
 - b) Die Absätze 1 und 2 werden gestrichen.
 - c) Nach der Überschrift wird folgender Wortlaut eingefügt:
„Der Verwaltungsaufwand und die sonstigen Kosten des Zweckverbandes werden unmittelbar von der Stadt Leipzig getragen.“

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Leipzig, 16. Juni 2022

Zweckverband kommunaler Anteilseigner Sachsen
Ulrich Hörning
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der
Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung
des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung**

Gz.: 20-2217/83/4

Vom 27. Februar 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 16. Februar 2023 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Versammlung am 9. Dezember 2022 beschlossene Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung genehmigt.

Die Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lidsachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 27. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Roth
Referatsleiter Kommunalwesen

Satzung zur 2. Änderung der Verbandssatzung des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung

Vom 9. Dezember 2022

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Kommunalen Zweckverbandes Stadtbeleuchtung am 09. Dezember 2022 die folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1 Änderungen

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
„Mitglieder des Zweckverbandes sind die nachfolgend aufgeführten Städte und Gemeinden:
 1. Crimmitschau
 2. Hohenstein-Ernstthal
 3. Lichtenstein/Sachsen
 4. Wilkau-Haßlau
 5. Oberlungwitz
 6. Callenberg
 7. Gersdorf
 8. St. Egidien
 9. Niederwürschnitz
 10. Bernsdorf

2. § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 wird wie folgt gefasst:
„Benennung eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur örtlichen Prüfung“
3. § 9 Abs. 6 Satz 3 Pkt. a wird wie folgt gefasst:
„Verfügung über ein Verbandsvermögen bis zu einer Wertgrenze von 12,5 TEUR.“
4. § 10 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Die Verbandsversammlung bestellt im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden einen Geschäftsleiter. Der Geschäftsleiter muss mindestens die Qualifikation eines Elektromeisters (Handwerk) besitzen. Nähere Bestimmungen sind in der Dienstanweisung durch den Verbandsvorsitzenden zu regeln.“

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

St. Egidien, den 09.12.2022

Kommunaler Zweckverband Stadtbeleuchtung
Röthig
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist.
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat.

4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.Ist eine Verletzung nach § 4 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 oder 4 der Sächsischen Gemeindeordnung geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Ausschreibung von digital-terrestrischen Übertragungskapazitäten Vom 28. Februar 2023

I.

Die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) schreibt hiermit vorbehaltlich der Zuordnung geeigneter Übertragungskapazitäten durch die Sächsische Staatskanzlei gemäß § 5 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, folgende Übertragungskapazitäten zur Nutzung für digital-terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme und Telemedien durch private Veranstalter aus:

bis zu 294 Capacity Units einer DAB+-Bedeckung zur Versorgung des Stadtgebietes Chemnitz.

bis zu 360 Capacity Units einer DAB+-Bedeckung zur Versorgung des Stadtgebietes Dresden und Umgebung.

bis zu 486 Capacity Units einer DAB+-Bedeckung zur Versorgung des Stadtgebietes Freiberg und Umgebung.

Der Sendernetzbetreib erfolgt durch die DIVICON MEDIA HOLDING GmbH.

Die Verbreitung wird im technischen Standard DAB (EN 300401) in seiner Variante DAB+ erfolgen. Je Programmäquivalent können zur Gewährleistung einer sachangemessenen Empfangs- und Tonqualität einschließlich der für programmbegleitende Dienste erforderlichen Datenraten in der Regel 60 oder 66 Capacity Units zugewiesen werden.

II.

Es werden Bewerbungen für 24-stündige Hörfunkprogramme in Gestalt von Voll- oder Spartenprogrammen sowie für Telemedien erwartet, die das terrestrische Programmangebot im Sendegebiet ergänzen und bereichern. Bei einer notwendigen Auswahl aus mehreren Bewerbungen hat zunächst jener Antragsteller Vorrang, dessen Programm einen signifikanten Anteil redaktioneller Beiträge über das Verbreitungsgebiet enthält und insofern einen größeren Beitrag zur Programm- und Meinungsvielfalt im Sendegebiet erwarten lässt. Im Übrigen wird auf die Auswahlkriterien des § 10 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes hingewiesen.

Antragsteller müssen die Voraussetzungen des § 6 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes erfüllen. Nach § 6 Absatz 3 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes sind unter anderem staatliche Stellen, juristische Personen des öffent-

lichen Rechts, politische Parteien und Wählergruppen aus Gründen der Staatsferne ausgeschlossen.

Die jeweiligen Zulassungen werden für mindestens acht und höchstens zehn Jahre erteilt. Eine Verlängerung ist möglich (§ 11 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes).

III.

Die Zulassungsanträge erfordern mindestens folgende Angaben und Nachweise:

1. Name und vollständige Anschrift des Antragstellers;
2. bei juristischen Personen:
 - a) genaue Firmierung mit allen handelsrechtlich relevanten Angaben (Sitz, Geschäftsführung und so weiter),
 - b) Angabe der gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vertreter,
 - c) Vorlage eines Auszugs über die Eintragung in das Handels- oder Vereinsregister (nicht älter als ein Monat),
 - d) Gesellschaftsverträge und Satzungen,
 - e) vollständige Offenlegung aller unmittelbaren und mittelbaren Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse des Antragstellers,
3. Vorlage eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde gemäß § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Juni 2021 (BGBl. I S. 1810) geändert worden ist, des Antragstellers beziehungsweise bei juristischen Personen aller Geschäftsführer;
4. Benennung eines Programmverantwortlichen gemäß § 16 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes;
5. ausführliche Beschreibung der Programmvorstellungen inhaltlicher und zeitlicher Art mit Angabe eines Programmnamens sowie Darlegung und Nachweis, inwieweit und in welchem Umfang Programmmulieferungen von dritter Seite beabsichtigt sind;
6. Darlegung der vorhandenen oder geplanten personellen, organisatorischen und technischen Möglichkeiten zur Abwicklung des Programmangebotes;
7. Darstellung der finanziellen Voraussetzungen und Planung zur Gewährleistung des Programmangebotes für die Dauer von mindestens fünf Jahren (vorhandenes Eigenkapital, erwartete Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungsplan);
8. Angabe und Begründung der benötigten Kapazitätseinheiten (Capacity Units, CU);
9. Zusicherung der Bereitschaft zur Einigung auf gemeinsam mit den anderen Veranstaltern im Multiplex zu verwendende technische Parameter und Verfahren sowie

10. Vorlage des ausgefüllten und unterschriebenen Formulars „Erklärung zum Zulassungsantrag“ (abrufbar auf der Homepage der SLM unter www.slm-online.de)

die hier ausgeschriebene Kapazität betrifft. Eine Bezugnahme auf frühere in anderem Zusammenhang gemachte Angaben oder übergebene Unterlagen ist nicht zulässig.

IV.

Die SLM fordert hiermit Interessenten dazu auf, Anträge auf Zulassung in vierfacher ungebundener Ausfertigung bis zum Ablauf des

27. April 2023 (Ausschlussfrist)

bei der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, Ferdinand-Lassalle-Straße 21, 04109 Leipzig, einzureichen. Danach eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

Die Zulassungsanträge müssen alle Angaben enthalten, die eine Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien ermöglichen. Unvollständige Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Ein früher an die SLM gerichteter Antrag auf Rundfunkzulassung ersetzt nicht eine Bewerbung auf diese Ausschreibung. Dies gilt auch für den Fall, dass die frühere Bewerbung

V.

Die SLM erhebt für Amtshandlungen Gebühren und Auslagen nach § 35 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in Verbindung mit der Satzung SLM über die Erhebung von Gebühren und Auslagen (Gebührensatzung) vom 20. Oktober 2008 (SächsABl. S. 1636). Danach ist für eine terrestrische Zulassung zum Beispiel eines Hörfunkvollprogrammes ein Gebührenrahmen von 1 500 bis 6 000 Euro vorgesehen.

Für die im Rahmen des Verfahrens entstehenden Verwaltungskosten wird ein Kostenvorschuss **in Höhe von 250,00 Euro** erhoben, der auf die endgültig zu zahlende Gebühr, auch bei Erfolglosigkeit der Bewerbung, anzurechnen ist. Der Betrag ist auf das Konto der SLM bei der HypoVereinsbank, IBAN DE60 8602 0086 0357 8590 00, BIC HYVEDEMM495 zu überweisen. Ist ein Eingang des Betrages auf dem Konto der SLM nicht spätestens zwei Wochen nach Eingang der Bewerbung zu verzeichnen, so kann der Antrag als – ebenfalls kostenpflichtige – Rücknahme betrachtet werden.

Leipzig, den 28. Februar 2023

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien
Prof. Dr. Heinker
Präsident des Medienrates

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien Satzung zur Förderung der Simulcastverbreitung von Hörfunkprogrammen

Vom 28. Februar 2023

§ 1

Ziel der Förderung – Förderinteresse

¹Zur Sicherstellung der publizistischen Vielfalt im Bereich des kommerziellen Hörfunks kann die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Veranstalter von kommerziellen Hörfunkprogrammen hinsichtlich der Kosten für die Zuführung und die digital-terrestrische Verbreitung (DAB+) fördern, soweit die Programme inhaltlich identisch sowohl analog-terrestrisch als auch digital-terrestrisch verbreitet werden (Simulcastverbreitung). ²Ziel ist es, die im Zuge des Analog-Digital-Umstiegs notwendige Doppelversorgung zu unterstützen, da diese in der Regel keine zusätzlichen Möglichkeiten zur Refinanzierung mit sich bringt.

§ 2

Rechtliche Grundlagen der Förderung

(1) ¹Gemäß § 1 Absatz 2 Satz 3 des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Medienstaatsvertrages und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages vom 19. Dezember 1991 (SächsGVBl. S. 457), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (SächsGVBl. S. 379) geändert worden ist, in Verbindung mit § 112 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Medienstaatsvertrags vom 28. April 2020 (SächsGVBl. S. 381), der durch Artikel 1 des Staatsvertrages vom 27. Dezember 2021 (SächsGVBl. 2022 S. 303) geändert worden ist können Mittel aus dem Rundfunkbeitrag auch für die Förderung von landesrechtlich gebotener technischer Infrastruktur zur Versorgung des Gebietes des Freistaates Sachsen verwendet werden. ²Gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, kann die SLM die technische Infrastruktur zur Versorgung des gesamten Landes und neue Rundfunkübertragungstechniken fördern.

(2) ¹Ein Rechtsanspruch eines Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht weder aufgrund dieser Fördersatzung noch aufgrund der Einstellung von Haushaltsmitteln in den Haushalt der SLM. ²Durch die Beschlussfassung des Medienrates zu Einzelmaßnahmen der Förderung erfolgt keine Selbstbindung der SLM gegenüber den bisherigen oder zukünftigen Antragstellern.

(3) Soweit die SLM staatliche Mittel zur Förderung der Simulcastverbreitung verwendet, gelten zusätzlich zu dieser Satzung auch die vom Staat als anwendbar erklärten staatlichen haushaltsrechtlichen Bestimmungen.

(4) Soweit diese Satzung keine abweichende Regelung trifft, gilt ergänzend die Richtlinie zur Förderung des privaten Rundfunks und neuer Medien der Sächsischen Landes-

anstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (Förderrichtlinie SLM) in der jeweils gültigen Fassung.

(5) Die Förderung erfolgt ausschließlich nach den Maßgaben der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, Amtsblatt EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020, Amtsblatt der EU Nr. L 215/3 vom 7. Juli 2020 bzw. deren Nachfolgeregelungen (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich).

§ 3

Fördervoraussetzungen

(1) Gefördert werden können Veranstalter kommerzieller Hörfunkprogramme mit Sitz in Sachsen, die auf Grundlage entsprechender Zulassungen der SLM ihre Programme gleichzeitig digital-terrestrisch als auch analog-terrestrisch über in Sachsen gelegene Senderstandorte verbreiten.

(2) Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die Hörfunkprogramme in identischer Form analog und digital verbreitet werden und dass das digitale Programm mit einer Datenrate von wenigstens 80 kbit/s übertragen wird.

(3) ¹Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, den Empfang digital-terrestrischer Programme durch geeignete Maßnahmen auf eigene Rechnung zu bewerben. ²Koordinierte Werbemaßnahmen sind zulässig.

§ 4

Förderfähige Kosten

(1) Gefördert werden können die den Veranstaltern entstehenden regelmäßig wiederkehrenden Kosten für

1. die digitale terrestrische Verbreitung von Hörfunkprogrammen über Sender auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen (Verbreitungskosten) und
2. die Signalzuführung an den Übergabepunkt des Sendernetzbetreibers, abzüglich eines angemessenen Anteils, falls die Signalzuführung auch der Verbreitung über UKW-Sender dient (Zuführungskosten).

(2) ¹Jeder Zuwendungsempfänger hat im ersten Betriebsjahr ab dem Zeitpunkt, zu dem der Betreiber das Sendernetz zur Verfügung stellt, einen Eigenanteil von mindestens 20 vom Hundert, im zweiten Betriebsjahr mindestens 40 vom Hundert, im dritten Betriebsjahr mindestens 60 vom Hundert und im vierten Betriebsjahr mindestens 80 vom Hundert der förderfähigen Zuführungs- und Verbreitungskosten zu tragen. ²Die Möglichkeit der Festlegung eines höheren oder niedrigeren Eigenanteils durch die SLM aufgrund von sachlichen Erwägungen bleibt unberührt. ³Diese Erwä-

gungen können sich insbesondere aus den allgemeinen tatsächlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen des Simulcastbetriebs unter besonderer Berücksichtigung der bestmöglichen Erreichung des Förderzwecks ergeben. ⁴Der Eigenanteil kann für jeden Zuwendungsempfänger individuell festgelegt werden. ⁵Ein Anspruch auf Gleichbehandlung besteht auch insofern nicht. ⁶Ein Eigenanteil ist nicht zu tragen für den Anteil der Verbreitungskosten, der rechnerisch auf die technisch unvermeidbare digital-terrestrische Versorgung außerhalb des UKW-Versorgungsgebiets entfällt, sofern die zusätzlich versorgte Fläche wenigstens 20 vom Hundert der über UKW versorgten Fläche beträgt, wobei bei der Berechnung ausschließlich Flächen auf dem Gebiet des Freistaats Sachsen berücksichtigt werden.

(3) Die Betriebsjahre nach Absatz 2 werden ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Aufnahme des Sendebetriebs des jeweiligen DAB+-Multiplexes berechnet.

(4) Weitere Einzelheiten werden im jeweiligen Bescheid zur Bewilligung der Förderung geregelt.

§ 5 Antrag

(1) ¹Anträge auf Förderung müssen für jedes Kalenderjahr neu gestellt werden. Sie müssen bis zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres eingereicht werden. ²Abweichend ist für das Jahr 2023 eine Antragstellung bis zum Ende des Monats, der auf den Zeitpunkt der Zur-Verfügung-Stellung des Sendernetzes durch den Betreiber folgt, möglich. ³Verfristete Anträge können von der Förderung ausgeschlossen werden.

(2) Im Antrag sind anzugeben:

- die Zuführungs- und Verbreitungsverträge mit Netzbetreibern in Kopie einschließlich der vereinbarten Entgelte,
- falls eine Förderung ohne Eigenanteil gemäß § 5 Absatz (5) beantragt wird: Versorgungsdarstellungen mit ausgewiesenen Flächen auf dem Gebiet des Freistaats Sachsen einschließlich Flächenberechnung,

- eine Zusicherung, dass die Voraussetzungen des § 4 Absatz (2) während des Förderzeitraums aufrechterhalten werden,
- eine Darstellung der beabsichtigten Maßnahmen nach § 4 Absatz (4) sowie
- das ausgefüllte und unterschriebene Formular „Erklärung über erhaltene und beantragte De-minimis-Beihilfen (De-minimis-Erklärung)“

(3) ¹Im Falle der organisatorischen und räumlichen Zusammenarbeit von Anbietern (Funkhäuser) kann ein gemeinsamer Antrag für alle Programme des entsprechenden Funkhauses gestellt werden, wenn die technische Infrastruktur gebündelt angemietet und bezahlt wird. ²Die Kostenverteilung auf die einzelnen Gesellschaften, die die Rundfunkprogramme veranstalten (§ 4 Absatz 1), ist anzugeben.

§ 6 Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln

(1) Die Bewilligung einer Förderung erfolgt durch Verwaltungsakt nach einer gesonderten Beschlussfassung durch den Medienrat der SLM.

(2) ¹Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Rechnungen in Kopie, aus denen sich alle förderrelevanten Angaben ergeben, und auf Zahlungsnachweis. ²Die Auszahlung stellt keine Bestätigung der Förderfähigkeit der abgerechneten Kosten dar.

(3) Die für eine Überprüfung der Förderkriterien erforderlichen Unterlagen sind von der SLM und den Veranstaltern zehn Jahre vorzuhalten.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Leipzig, den 28. Februar 2023

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien
Prof. Dr. Markus Heinker
Präsident des Medienrates

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 26 0
Telefax: 0351 485 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

9. März 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 